

Danziger Zeitung

No 18150

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kellerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postamtsstatten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben geführten gewöhnlichen Schriften oder deren Raum 20 Pg. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Stimmzettel

für die Kandidaten der Liberalen, Herren Richter (Stadt Danzig) und Dr. Rame (Landkreis Danzig) sind zu haben im Wahlbüro Hundegasse 88 und in der Expedition der "Danziger Zeitung".

Zur letzten Stunde!

Die wenigen Stunden, die uns noch von dem Beginn des Wahlaus tragen, sind von schwerwiegender Bedeutung für jeden einzelnen Wähler und für die Zukunft unserer gesammelten Nation. Doch kann vieles geschehen, wenn diese letzten Stunden von den freilinigen Wählern gut benutzt werden.

Viele Wähler beschönigen ihre Trägheit mit der Ausrede: „Es hilft ja doch alles nichts, Bismarck macht ja doch, was er will.“ Das gilt aber für die Zeit der Wahlen nicht. Die günstigeren Reichstagswahlen von 1881, bei denen nach Reichstagsklauspruch der „Philister wild wurde“, verhinderten allein die Durchführung des Tabaksmonopols, des Reichskanzlers „leichten Ideals“.

Am Tage der Wahl hat das Volk die Macht in der Hand, seine Zukunft zu gestalten, und nur an diesem Tage. So weit sind wir nach fast einem halben Jahrhundert politischer Arbeit doch,

dass auch im Sinne der Reaction nur mit formeller Zustimmung des Volkes regiert werden kann.

Die seit der Mitte der siebziger Jahre und besonders seit den Attentaten eingetretene Rückwärtsbewegung unserer gesammelten Politik, auch der Wirtschaftspolitik, ist nur durch die seit jener Zeit immer rücksichtlicher ausfallenden Wahlen ermöglicht worden. Wird am 20. Februar die Mehrheit der Cartellparteien besiegt, so ist auch die Herrschaft der Reaction gebrochen. Wenn aber die Wählerschaft in Angst, Verblendung oder Fehlheit ihr Schicksal am 20. Februar abermals in die Hände der Cartellparteien legt, so ist das Grab unserer Freiheit besiegelt. Und nicht bloß für fünf Jahre!

Nach fünf Jahren würde das allgemeine und directe gleiche Wahlrecht wahrscheinlich nicht mehr eingesetzt. Wenn die deutschen Wähler sich am 20. Februar so klein und furchtsam zeigen wie am 21. Februar 1887, so hilft ihnen alle Tapferkeit nichts, die sie vorher in Worten gezeigt haben und die sie etwa später noch in Worten zeigen mögen. Ist die rechte Stunde der That verflossen, so läuft sich das meist niemals wieder gut machen.

Auch die Neue kommt dann zu spät!

„Wer frei sein will, muss führen selbst den Schlag“, heißt ein kerniges Wort. Nun — wir wollen frei sein von den Fesseln des Cartells, und der Schlag, um es zu fällen, muss geführt

werden an der Wahlurne, morgen von der zehnten Stunde an, wo die Wahl beginnt. Unsere Wehr und Waffe ist der Stimmzettel, der den Namen eines entschieden liberalen Mannes trägt, hier in unserem Danzig, ebenso wie im benachbarten Neustadt-Carthaus, denjenigen unseres Richter, im Landkreise und in Dirksburg den des altbewährten Dräwe, in Elbing-Marienburg und Rosenberg-Löbau den des energischen v. Reibnitz-Hennichau, in Graudenz den des herzesten Schnackenburg und so fort im Amt unserer Provinz und im Reiche. Ein schlechter Mann der, der eine Waffe trägt und, angegriffen, sie nicht mit aller Kraft zu führen weiß! Ein schlechter Staatsbürger, der das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Stimmrecht besitzt und es nicht ausübt! Ein schlechter Liberaler, der seinen Stimmzettel nicht unentwegt und unerschrocken abgibt für einen wahren liberalen, von Cartellallianzen unabhängigen Mann!

Deutschland.

Die Kampfesweise der Gegner.

Mit weichen Mitteln in verschiedenen Wahlkreisen diejenigen Parteien arbeiten, welche sich so gern als „gemäßigt“ bezeichnen, welche nicht genug harte Worte finden können, wenn ihnen auch nur der leiseste unbegründete Vorwurf gemacht wird, dafür steht jeder Tag schlagende und lehrreiche Beispiele.

Vor uns liegt der in der „Frank. Ztg.“ veröffentlichte Wahlaufruf der nationalliberalen Partei in Giesen. In demselben heißt es u. a.:

„Zweimal haben die Nationalliberalen des 1. Reichstagswahlkreises ihr Banner glänzend zum Sieg geführt. Sie werden es jetzt im dritten Wahlkampf nicht sinken lassen, jetzt, da die Partei auf Leben und Tod bekämpft wird von allen Feinden des Reichs und der Bildung, von allen Verschwörern gegen Staat und Monarchie, bekämpft wird, warum? Weil sie die Partei des Reiches und der Bildung, weil ihr Sieg gleichbedeutend sein würde mit der vollständigen Unterwerfung der Reichspolitik unter die Herrschaft der Ultramontanen und der Anarchisten. Wer das nicht will, wer nicht will, dass die Dämme eingerissen werden, welche durch die Söhne zum Schuh unseres Gewerbes seines unteren Landwirtschafts aufgerichtet sind; wer nicht will, dass die deutsche Schule und die deutsche Wissenschaft ausgelöscht werden an ihre schlimmsten Feinde; wer nicht will u. s. w. u. s. m.“

Was soll man gegen solche Tonart sagen? Wahrhaftig, es muss um eine Sache schlechten, für welche man glaubt, mit solchen verwerflichen Mitteln eintreten zu müssen. Und wer sind denn „die Verschwörer gegen Staat und Monarchie“, gegen welche sich der Aufruf des nationalliberalen Comités in Giesen wendet? Fast ausschließlich die Freisinnigen; der Tandital derselben ist der in ganz Hessen allgemein geachtete und als gemäßigt in seinen Anschaunungen bekannte Justizrat Dr. Gutsleisch. Die anderen Parteien kommen dort fast garnicht in Betracht. Sie hatten zusammen bei den letzten Wahlen nur ein paar hundert Stimmen.

Wenn die Parteien, die so lebhafte Sorge tragen um den Stand der öffentlichen Sitten in

solcher Weise gegen ihre politischen Gegner vorgehen, die genau so wie sie auf dem Boden der Verfassung und Monarchie stehen, was bleibt dann noch übrig?

Wie vornehm, wie würdig nimmt sich dagegen die neuerdings gehaltene Wahlrede des conservativen Prinzen zu Carola-Schönthal aus, der sich offen dazu bekannte, dass neben einer starken Regierung ein starkes Parlament notwendig sei, das nicht nur nachsage, was ihm vorgegeben werde, und der Schatz betonte: „man möchte sich vor allem davor hüten, gewisse Parteien als Reichsfeinde zu bezeichnen; jede Partei habe nach besten Kräften, dem Staate zu dienen, wie beispielweise die Freisinnigen.“

Auch bei uns in Danzig scheinen die „gemäßigt“ Gegner der Freisinnigen eine Kampfesweise für gut zu halten, die man bisher hier nur bei den Extremconservativen kannte. Wir möchten unsere Leser heute nur auf das gestern Abend veröffentlichte Flugblatt hinweisen, das die Unterschrift trägt: „eine Anzahl gemäßigter liberaler Wähler“.

Nichts von sachlicher Erörterung, nur die allbekannten, aufgewärmten Schlagworte und Angriffe gegen die Freisinnigen und den Abg. Richter!

Gegen den letzteren wird wiederum (um wie vierten Male?) die bekannte Rede aus dem Jahre 1880 gegen den Abg. Richter angeführt. Diese Rede ist schon 1884 und 1887 in laufenden und laufenden Flugblättern in ganz Deutschland verbreitet und discutirt. Man hüte sich aber wohl, die Dinge im Zusammenhang zu betrachten. Weshalb nehmen denn die gemäßigt Liberalen so viel Anstoß daran, dass der Abg. Richter gemeinsam mit dem Abg. Richter die „conservative“ innere Politik bekämpft? Als der Abg. Richter 1880 dem Richter aus Anlass eines Angriffs antwortete — hat er deshalb einen Wahlbund mit den Conservativen geschlossen? Niemals! Er thut heute, was bis zum Jahre 1881 und noch später auch hr. v. Bemmigen that, der auf dem Parteitag in Magdeburg ausdrücklich erklärte: trotz aller Meinungsverschiedenheiten müssten alle Liberalen, welcher Schaffung sie auch angehören, fest gegen die Reaction zusammenstehen! Was hat sich denn geändert? Ist etwa die neue Wirtschafts- und Steuerpolitik eine solche Wohlthat für uns, dass man sich zu ihrer Conservirung selbst mit der äußersten Rechten verbinden muß?

Für heute nur noch eine Frage an die „Anzahl gemäßigter liberaler Wähler“, dieselben wünschen an eine ungeteilte und längst vorbereitete Aeußerung des Herrn Hans v. Reibnitz an und besprechen das Verhältniss der Freisinnigen und Socialdemokraten in der bekannten Weise. Alle Thatachen, die dieses Verhältniss klarlegen, scheinen die Herren Ignoranten zu wollen.

Möchten aber vielleicht die Herren oder der Herr Verfasser des Flugblatts uns darüber Aufklärung geben, weshalb die Conservativen bzw. Nationalliberalen im Jahre 1884 bei den engeren Wahlen zwischen Freisinnigen und Socialdemokraten in Hannover, in Magdeburg, in Gotha, in Breslau u. s. w. zu Gunsten der Socialdemokraten den Auschlag gegeben haben?

Vielleicht haben die Herren noch einen kleinen Vorfall von sitzlicher Entrüstung übrig, nachdem sie so viel davon auf die Freisinnigen verwendet haben!

— der hübschen aschblonden Cousine zuerst — in den Wagen.

Wo sie hinfahren sollten? — Bewahre, er wolle sich nicht darauf einlassen, Ihnen einen Rath zu geben; sie seien ja selbständige Damen. Sie fuhren ab, während er auf den Treppenfluren stand und mit einer gewissen Bekleidung vergleiche zwischen der grazilen Gestalt seiner hübschen Frau unter dem Sonnenschirm und der kleineren, etwas herausfordernden der Cousine anstelle. Er nahm die Brille ab und putzte sie mit bedeutungsvollem Lächeln.

Solche Cousine kannte offenbar nur Rechte. So ohne weiteres Pferd und Wagen vor die Thür zu bestellen! Wenn es auf die Dauer so in ihrem Haushalt geben sollte, — „Möchte wohl wissen, wie lange sie 21 Jahre gebilden ist, wie sie sagt.“

Er ging an diesem Nachmittag mehrere Mal ans Bureaufenster, um hinzublicken; es dauerte doch lange, ehe die beiden Damen nach Hause kamen.

Er sah eifrig bei seiner Arbeit, als er den Wagen vorfahren hörte. Sie lachten und plauderten in dem Corridor und dann stiecke Alette, noch in Hut und Mantel, den Kopf zur Thür herein:

„Hier sind wir. Es war so schön, Jakob!“

Sie kam zu ihm an den Schreibtisch und küsste ihn herzlich zwei, drei Mal. „Du kommst jetzt doch mit herein. Weißt du, ob die kleine artig gewesen ist?“ fragte sie hastig und war wieder aus der Thür.

Diese Fahrt auf eigene Hand war wie ein neuer Uebergang in ihrem Hausschwein. Er war in der Thür sehr neugierig, zu wissen, wie es gewesen war. Aber gleich hinein gehen, nein! Man musste sie ein wenig quälen.

Es wurde sehr lebhaft beim Abendessen. Die beiden hatten eine schöne Fahrt den Fluss entlang gemacht und auf dem Rückweg einige Besuche abgestattet, von denen sie noch ganz erfüllt waren.

„Sagen Sie mir, Herr Rechtsanwalt“, fing Constance an. „Sie finden wohl, dass wir heute Nachmittag ganz übermäßig gewesen sind, weil ich das Pferd aus dem Stalle und Ihre Frau aus dem Hause gelöst habe?“

„Wir waren so vergnügt“, bestätigte Alette.

„Ich verschreibe dir, Alette, du kamst so frisch, wie neugeboren zu mir herein, als ob du von einer Reise aus Amerika zurückgekehrt wärst.“

Wie bekannt die Herren im übrigen mit den thotsächlichen Verhältnissen sind, geht aus der Behauptung hervor, dass die badische Volkspartei „eine alte Feindin Preußens“ sei.

Doch genug von dem Flugblatt. Wir glauben, dass die Danziger Wähler solche Kampfesweise selbst genügend zu würdigen wissen werden.

* Berlin, 18. Februar. Der schon im vorigen Jahre in Aussicht gestellte Kaiserjagd im Altenburg ist nunmehr gegen Ende März oder Anfang April zur Auerhähnjagd, zu welcher Zeit der Kaiser auch den Großherzog von Mecklenburg besucht, zu erwarten. Die altenburger Landwirte bereiten zu Ehren des Kaisers ein Bauernfest vor.

* Berlin, 18. Februar. Die Thätigkeit des Staatsrats wird am 26. d. Ms. bekanntlich wieder beginnen. Die Abteilungen, denen die Förderung der Arbeiterfragen übertragen werden zunächst sich über die Referate zu äußern und sich dann über das weitere Verfahren schlüssig zu machen haben. Es heißt, so schreibt man der „Nat.-Ztg.“, dass der Kaiser persönlich den Abteilungs-Verhandlungen präsidieren würde. Die Vernehmung von Arbeitern soll nach wie vor in der Abstätte liegen. Mit ziemlicher Sicherheit tritt die Angabe auf, dass ein Arbeiter-Schutzgesetz in der Richtung, wie es vom Reichsverein wiederholte, beschlossen worden, jedenfalls erscheinen würde. Allent Ansehen nach wird der bezügliche Antrag von Preußen ausgehen und sich auf die voraussichtlichen Ergebnisse der Arbeiten des Staatsrats stützen. Bis jetzt hatte bekanntlich der Bundesrat die wiederholten Beschlüsse des Reichstages unberücksichtigt gelassen. Jetzt verlautet, dass die umfangreichen früheren Verhandlungen des Reichstags in maßgebenden Kreisen eine Beachtung gefunden hätten, welche deren Verwerfung bei der zu erwartenden Vorlage mit ziemlicher Sicherheit voraussehen lasse.

[Über die Berufung des neu zu wählenden Reichstages] werden, so wird uns berichtet, erst nach den Wahlen Entscheidungen erfolgen. Eindeutig wird man gut zu ihm, die Angaben, welche bereits von der Berufung des Reichstages sogar schon im Laufe des Monats März wissen wollen, als Vermuthung aufzufassen. Sicher ist dagegen, dass der neue Reichstag im Frühjahr, nicht erst im Herbst, seine Thätigkeit zu beginnen haben wird. Dieser Umstand wird weniger durch die Vorlagen über die Arbeiterfragen bestimmt, deren Entwicklung möglicherweise sich nicht in so raschem Tempo vollziehen wird, sondern durch andere Vorlagen, welche als dringlich erachtet werden. Wahrscheinlich wird sich auch die erste Session des neuen Reichstages mit Nachdruck zu dem Ende pro 1890/91 zu befreien haben.

* [Cartellereiade über Göttingen.] In Göttingen haben bekanntlich die Freisinnigen den berühmten Staatslehrer und Professor an der Göttinger Universität v. Bar zum Kandidaten aufgehetzt. Das erfüllt den cartellparteiigen „Hann. Cour.“ mit bitterem Schmerz und klagend ruft er aus:

„Die Fachel, welche der Professor v. Bar mit seiner freisinnigen Wahlkandidatur in die Universitätsstadt Göttingen und Umgegend geworfen, hat eine politische und sociale Feuersbrunst entzündet, dass man das alte gute Göttingen garnicht wieder erkennen.“

„Wie ist sie sonst langweilig, wenn sie mit Ihnen zusammen ist?“ fragte Constance boshaft. „Leider kann ich an zu glauben, dass du deinen Mann zu sehr verwöhnt, Alette. Ich hätte Wagen und Pferde haben sollen.“

„Ja, die würden wohl genug benutzt werden, aber würden Sie auch den Mann mit in Kauf nehmen?“ fragte Jakob.

„Sie meinen, es muss absolut ein Mann im Wagen sein; das Pferd ist doch zum ziehen da. Sie können glauben, die machen große Augen bei Grüners, als Frau Mörk ohne ihren Ehemann als Süchtige kam. Es war, als trauten sie dir nicht, dass du allein stehen könntest, Alette. Du lieber Himmel, wie machen sich die Frauen abhängig! — Es wäre dir sicherlich ein schrecklicher Gedanke, einen Abend allein in Gesellschaft zu gehen.“

„Im Grunde ja; ich würde es ungemüthlich finden.“

„Ach, wirklich?“ fragte Jakob überrascht.

„Ich bin so ungewohnt, allein auszugehen. Ich gestebe ein, dass ich schon ein wenig befangen bin.“

„Ach, armes Ding, bist du es wirklich? Du hast so lange geweigt und gesungen, bis du schließlich menschenke geworden bist.“

Er sah in Gedanken versunken und sah über die Theemühle zu ihr hinüber: „Ich meine, wir müssten uns üben und gewöhnen, wieder mit Menschen zu verkehren. Wie, Alette? Lass uns mit einem Begrüßungsfest für Fräulein Constance beginnen, morgen oder übermorgen, oder sobald du kannst. Ich zweifle nicht, dass wir dann von allen Seiten Einladungen erhalten werden, besonders wenn wir einen Magneten wie deine Cousine haben.“

Der Vorschlag stand unbedingten Beschluss. Es wurde lebhaft über die Wahl der Gäste verhandelt, während sie Thee tranken und nach ihrer Spazierfahrt eine Anzahl Butterbrode mit einem Appell verzehren, dem Jakob seine Bewunderung nicht versagen konnte.

„Nun müssen wir aber von Tisch aufstehen!“ schloß Alette. Sie machte die Kinder zu Bett bringen.

Es war beinahe halb zehn Uhr, als sie alles besorgt hatte und wieder ins Zimmer kam.

„Aber, lieber Jakob, bist du nicht ins Bureau gegangen?“ fragte sie erstaunt. „Die Lampe brennt ja noch dort!“

„Forts. f.“

So jammert der „Hann. Cour.“, der alsdann weiter fortfährt:

„Die Beleidigung der Universität zu Gunsten des freiheitlichen Vorgehens ist zwar keine erhebliche. Der Wahlauskuss für Professor Ester haben 55 Professoren, den für v. Bar nur 3 unterschrieben. Aber die Folge der Aufführung des Herrn v. Bar ist die dauernde Störung des Friedens im Innern wie nach Außen des Friedens, der für eine Universitätsstadt zu ihrem Gebiehen unbedingtes Bedürfnis. Und zwar Störung des Friedens in allen Lebensverhältnissen. Wo bleibt die Achtung, wenn in den Kreisen der Studentenschaft wie der Bürger in den Straßen und Aneper die Leistungen von Professoren, ihre Verbündung mit Interessen der Brannsteinsteiner und so fort auf das Absäsigste offen kritisirt werden.“

Armen Göttingen, bemerkt dazu spöttisch die „Volkssig.“, der Frevel ist zu groß! Es geht zu Ende mit dem Renomme der alten Augusta Georgia! Und das alles hat der böse von Bar mit seinem leibigen Freisinn geihen. Hat denn hr. v. Oehler gar kein Einsehen, da er nicht mit dem flamenden Schwerte der Disciplinierung auf den störrigen Professor niederröhrt? Und dazu hat der Universitätsrat noch die besten Aussichten, in Rostock gewählt zu werden. Es ist nicht zu verwundern, wenn die Gelehrten des „Hann. Cour.“ aus der Haut fahren möchte. Es wird unerträglich im glorreichen neuen Reich!

* [Adressensturm?] Wie schon erwähnt, geben offizielle Federn dem Krieger darüber Ausdruck, daß die Presse sich mit der Nationaldemokratie des Fürsten Bismarck, er wünsche sich von den preußischen Geschäftsmännern zurückzulehnen, nicht weiter beschäftigt. Fürst Bismarck mache keine Redenarten. Vielleicht, so bemerkt dazu die „Lib. Corresp.“, organisieren die Cartellparteien, so wie zur Zeit des Kaisers Friedrich, einen Adressensturm, dies Mal zu Gunsten des preußischen Ministerpräsidenten Fürst Bismarck.

* [Landrat v. Schorlemmer], ein Sohn des bekannten Abgeordneten, hat, wie die „Neuer Ing.“ entgegen der „Kön. Volkssig.“ behauptet, die ihm von den Cartellbrüdern angebotene Candidatur für den Reichstag schriftlich angenommen. Erst wenige Stunden vor einer in dieser Sache anberaumten Vertrauensmänner-Versammlung seien, wie Herr v. Schorlemmer mitteilt, Gründe persönlicher Natur eingetreten, welche es ihm nicht möglich machten, offiziell zu kandidieren. Dabei habe er zu verstehen gegeben, daß, wenn er trotzdem gewählt werde, er wohl in der Lage sein werde, die Candidatur anzunehmen. Die Versammlung habe unter diesen Umständen beschlossen, an der Candidatur des Herrn v. Schorlemmer festzuhalten.

Stettin, 17. Februar. Eine gestern hier abgehaltene, zahlreich besuchte Handwerker-Versammlung hat mit allen gegen die Stimmen einiger socialdemokratischer Besucher folgende Resolution angenommen:

Die heute, am 16. Februar, im Börsesaal tagende Versammlung von freisinnigen Handwerkern erklärt: „Wir weisen alle Einflüsterungen der gegnerischen Parteien und alle uns durch Innungen und Lehrzwang zu bereitenden Wohlthaten ganz entschieden zurück und erklären, daß das Wohl des Handwerkerverstandes in dem freisinnigen Ausbau der Gesetzgebung liegt, daß nur die in der Gewerbefreiheit gegebenen freien Innungen legenbringend für den Handwerkerverstand sind, und bitten daher alle Handwerker, am Tage der Reichstagswahl für den Kandidaten der deutschfreisinnigen Partei, Herrn Max Brömel, zu stimmen.“

In Herne fand am Sonntag eine Versammlung von etwa 1000 Bergleuten statt, in welcher laut der „Kön. Volkssig.“ die Antworten der Berufungsgerichte der Zechen Shamrock, Hibernia, Julia und Van der Hecht auf die Forderungen der Bergleute verlesen wurden. Die Antworten lauten sämmtlich ablehnend, die Forderungen seien maklos und ungerechtfertigt. Die Versammlung beschließt, die Forderungen zu erneuern, am 1. März eine neue Versammlung abzuhalten und bei erneuter Ablehnung zum 15. März die Arbeit zu kündigen.

Siegen. Über das Verhalten der Centralleitung der nationalliberalen Partei gegenüber Städters Wiederwahl gibt jetzt ein Schreiben der conservativen Centralleitung an den Siegener conservativen Verein Aufschluß. Danach hat der Centralvorstand der Nationalliberalen die von dem Siegener Verein vertretene Auffassung, daß eine vorherige Verständigung über den Kandidaten gefordert werden müsse, nicht als zutreffende Auslegung der gemeinsam empfohlenen Achtung des Bestandsangesen. Aber da nicht erwartet werden kann, daß im dortigen Wahlkreise ein gemeinsames Eintreten der Cartellparteien für Städter stattfinden werde, so sollte vom nationalliberalen Centralvorstande an die Nationalliberalen in Siegen die Bitte gerichtet werden, auf Grund der Cartellvereinbarungen jedenfalls in der Stichwahl für Städter zu stimmen.

* In Sachsen dauert der Unzug fort, die Militärvereine in die Politik hineinzupressen. Charakteristisch hierfür ist, daß das Präsidium von Sachsen's Militärverband kürzlich sich erlaubt, an sämmtliche Vorsteher der Bundesvereine ein Rundschreiben zu richten, in dem sie dringend ersucht werden, bei der Wichtigkeit dieser Wahl „die Kameraden zusammen zu nehmen“. Scrupellos benutzt das Cartell jede Handhabe, die ihm den Sieg zu sichern scheint. Die Militärvereine sind ihm in Sachsen vorläufig noch sicher, die Turnvereine werden gleichfalls „bearbeitet“, und es wäre kein Wunder, wenn man auch die Skat- und Regelvereine, in denen in Sachsen kein Mangel ist, der Cartellpolitik dienstbar zu machen suchen würde.

* Aus der Provinz Sachsen, 16. Februar. Die großen Braunkohlen-Gesellschaften des Weißenseer und Zeitzer Kreises sind aus eigenem Antriebe mit der Errichtung von Arbeiterauswüchsen vorgegangen, durch deren Vermittelung die Wünsche der Arbeiter vorgebracht und mit denen gemeinsam die Arbeiterangelegenheiten behandelt werden sollen.

Iwischen, 14. Februar. In dem angrenzenden Dorfe Marienthal haben die Socialdemokraten neuerdings auch im Kirchenvorstande eine Majorität erlangt, denn bei der am letzten Sonnabend stattgehabten Neuwahl siegten die socialdemokratischen Kandidaten mit ca. 90 gegen 80 Stimmen. In Marienthal verfügen die Socialdemokraten auch im Gemeinderath und im Schulvorstande schon seit längerer Zeit über eine Mehrheit von Stimmen.

Italien.

Rom, 17. Februar. Der „Riforma“ zufolge ist der Papst seit Sonnabend heilsäugig, befindet sich heute aber etwas besser und ließ gegen seine Gewohnheit die Fastenprediger durch den Cardinalvicar empfangen. Nach dem „Osservatore Romano“ dagegen empfing der Papst heute früh drei Bischöfe. (W. L.)

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. Febr. Der Kaiser hat dem bisherigen brasilianischen Gesandten hier selbst, dem Baron de Jaura, den rothen Adlerorden erster Klasse verliehen.

— Für den Betriebsdienst in Ausland soll nach Petersburger Blättern, eine neue Normierung der Gewichts- und der Qualitätsbedingungen eingeschürt werden. Nach dem „Spiel“ soll die an der Berliner Börse geltende Betriebsweise eingeführt werden.

— Zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz war an Stelle des zum Handelsminister ernannten Herrn v. Berlepsch der Frankfurter Oberbürgermeister Miquel ausersehen. Der Kaiser hat aber, nach der „Kön. Ing.“, auf Wunsch Miquels von dessen Berufung Abstand genommen. Der Kaiser hat die Arbeiterfrage eingehend mit Miquel besprochen.

Nach dem „Frankfurter Journal“ hätte der Minister v. Maybach seine Demission eingereicht, dieselbe wäre aber vom Kaiser nicht angenommen worden.

Nach der „Nationalzeitung“ ist jedoch ein solches Gerücht, falls es überhaupt besteht, unbegründet. Minister v. Maybach ist von seiner rheumatischen Augenentzündung so weit wiederhergestellt, daß er wieder Vorträge entgegennimmt.

— In Liegnitz sind nach amtlicher Angabe am Sonntag beim Zusammenstoß von Socialisten mit Polizeimacht anscheinlich des Versuchs der Sprengung einer freisinnigen Wahlversammlung über 20 Personen verwundet worden.

— Die in Hamburg ansässigen Dampfschiffsgesellschaften haben gestern die Aufforderung von der Regierung erhalten, auf die neue ostafrikanische Subventionslinie zu submitieren.

— Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Schneidemühl geschrieben, daß der mit der Vertheilung der freisinnigen Stimmzettel im hiesigen Wahlkreise beauftragte Arbeiter Dessaу von dem Schulzen Busse im Dorfe Schmieleau unter der Angabe, daß er ein Socialdemokrat sei, verhaftet worden sei. Nach Schneidemühl überschürt, wurde Dessaу durch den Districtscommisar wieder entlassen. Hierzu werden dagegen antisemitische Flugblätter ohne die gesetzlich erforderliche Angabe des Herausgebers und Verlegers öffentlich verbreitet, obwohl die Anzeige vor drei Tagen bei der hiesigen Staatsanwaltschaft erstattet ist.

In Ergänzung dieses Berichtes bringt das „Berl. Tagebl.“ noch folgende telegraphische Mitteilung: Der wegen Ausschaltung freisinniger Stimmzettel verhaftete Vorsteher des freisinnigen Arbeitervereins Dessaу wurde öffentlich gemisshandelt und mit Strichen gebunden auf einem offenen Wagen fortgeführt. Im Besitzen des schwer Verletzten ist heute eine bedenkliche Wendung eingetreten.

— Der Kriegsminister Verdry du Verdois hat Sonnabend nach der Besprechung über die Wohnungsfrage mit den Anordnungen der Arbeiter in Spandau noch einige Anfragen bezüglich der Lohnfragen beantwortet. Ein Deputierter erklärte, die Arbeiter würden es gern sehen, daß sie, falls sie aus einer Fabrik wegen Mangels an Arbeit entlassen würden, und sie in anderen Fabriken Beschäftigung fänden, hier denselben Lohn erhalten, welchen sie in ihrem vorherigen Arbeitsverhältnis verdient hätten. Jetzt sei es so, daß der neue Arbeiter, gleichviel, wo er herkomme, bei dem niedrigsten Lohnsache anfange und erst allmählich aufgebessert werde. Der Kriegsminister erwiderte darauf, daß sich hierin wohl nichts ändern ließe, ein neuer Arbeiter könnte in den betreffenden Betrieben in den seltsamsten Fällen gleich so viel leisten, wie in der Werkstatt, in welcher er jahrelang beschäftigt gewesen, auch würden sich die alten Arbeiter zurückgesetzt fühlen, wenn der Neuankommende sofort edenso viel verdiente, wie sie.

Eine nicht miszuverstehende Zurückweisung ließ der Kriegsminister einem der Deputierten zu Thell werden. Als der Kriegsminister gerade im Begriff war, die Deputation zu verabschieden, trat dieser Deputierte hervor und fragte den Kriegsminister, wie sich die freisinnigen Abgeordneten in der Budgetcommission des Reichstages gegenüber der Forderung von 15 000 Mark für die Vorarbeiten des Wohnhäusern-projects verhalten hätten. Der Kriegsminister, den diese Zumutung, sich über die Angelegenheit an dieser Stelle zu äußern, sichtlich unangenehm betrühte, erklärte sich abwendend: „Ich bin nicht gekommen, mich hier mit Ihnen politisch zu unterhalten. Sie haben ja gewiß auch die größeren Zeitungen gelesen.“

Im Laufe der Unterhaltung äußerte der Minister, die Arbeiter würden dem Kaiser ihren Dank für dessen Fürsorge am besten dadurch ausspielen, daß sie unentwegt zu Kaiser und Reich ständen und sich von den auf Umsturz abzielenden Bestrebungen fern hielten. Die Gewährung von Alterszulagen hat der Minister in Aussicht gestellt. Zum Schluss hat er den Beamten und Arbeitern der technischen Anstalten die von dem

Kaiser denselben verliehenen Orden und Ehrenzeichen überreicht. Zwei Beamte erhielten den rothen Adlerorden 4. Klasse, vier Beamte den Kronenorden 4. Klasse, sowie dreizehn Meister, Meistergehilfen und Arbeiter das Allgemeine Ehrenzeichen.

Wien, 18. Febr. In der Abgeordnetenkammer teilte der Präsident den Tod des Grafen Andraß mit und würdigte ihm einen warmen Nachruf, in welchem er seine hervorragende Stellung und seine ungemeinen Verdienste um Kaiser und Staat, insbesondere aber seinen Anteil an dem Zustandekommen des österreichisch-deutschen Bündnisses unter lebhaftem Beifall hervor hob. Das Haus drückte seine Theilnahme durch Erheben von den Säulen aus. Die Aufführung wurde auf Antrag des Präsidenten in dem Sitzungsprotokoll verzeichnet.

Perf., 18. Februar. Sämtliche Blätter veranstalteten eine zweite Ausgabe, in welcher sie in tiefsinnigen Artikeln die großen Verdienste Andraß' um den ungarischen Staat und die gesamte Monarchie würdigten. Insbesondere haben die Blätter die Begründung des deutschen Bündnisses hervor, welches die Frucht einer großgedachten, vielbewußten, Jahre hindurch mit ungewöhnlich großem Geschick verfolgten auswärtigen Politik gewesen sei.

Mittags trat der Ministerrat zusammen, um Beschlüsse betreffs des Begräbnisses zu fassen.

Bern, 18. Februar. In zwei identischen Noten, die eine ist datirt von Brüssel, die andere von Bern, 7. Februar 1890, stellen die Regierungen des unabhängigen Kongostates und Portugals die Anfrage an den Bundesrat, ob er geneigt sei, die Rolle eines Schiedsrichters bei den Meinungsverschiedenheiten zu übernehmen, die zwischen beiden Staaten bezüglich der Feststellung der Grenzen in Afrika entstehen möchten. Die Aufführung des Schiedsgerichts ist im Einverständnis der Vertragsparteien in dem Augenblick erfolgt, wo sie sich anschicken, die Grenzverhandlungen vornehmen zu lassen. Der Bundesrat hat die Annahme des Schiedsrichteramtes zugestellt.

Haag, 18. Februar. Der König hat den Minister des Innern, Machan, zum Colonialminister und den Deputirten Lohmann, den Führer der orthodoxen protestantischen Partei, zum Minister ernannt.

Paris, 18. Febr. Der „Temps“ schreibt das Wahlergebnis am Sonntag vom vergangenen Sonntag der bisherigen Willkür der Kammer bei den Wahlprüfungen bei. Die Abstimmung zeigte, daß Paris immer in der Opposition sei. Lebrigens beweise die Abnahme der Beleidigung der Wähler, daß den Wahlen keine besondere Bedeutung beigelegt würde.

Infolge des Wahlerfolges am Sonntag wird eine lebhafte boulangistische Propaganda für die bevorstehenden Municipalwahlen vorbereitet.

— Nach einer Meldung der Blätter hat der Graf von Paris dem Orleanisten Becker eine Depesche gesandt, in welcher es heißt: „Ich bin stolz auf meinen Sohn und glücklich über seine Haltung. Seine Vertheidigung hat mich sehr bewegt. Der Herzog von Orleans wurde gestern von dem Prinzen Philipp von Coburg besucht.“

— Im Kohlenbecken Saint Etienne ist eine Streikbewegung ausgebrochen. 400 Bergarbeiter weigerten sich gestern wegen der Entlassung von Kameraden in den Schacht Jubin einzutreten. Die Bergleute von Billebois drohen wegen einer gleichen Veranlassung zu streiken.

London, 18. Februar. Nach einem Telegramm der „Times“ aus Zanzibar vom 17. d. Ms. ist die Expedition des Majors Wissmann nach Usambara in jeder Beziehung erfolgreich gewesen. Simboja und die anderen Häuptlinge haben sich unterworfen und freiwillig das dem Dr. Meyer und anderen geraubte Eigentum zurückgegeben.

New York, 18. Febr. Aus Rio de Janeiro ist heute ein Dampfer mit 51 Personen, größtentheils Deutschen, eingetroffen, welche nach Brasilien ausgewandert waren und entlaufen zurückkehren.

Danzig, 19. Februar.
Wetterausichten für Freitag, 21. Februar:
Veränderliche Bewölkung mit frischen Niederschlägen. In den Küstengebieten starke, im Binnenlande mögliche Winde. Temperatur wenig verändert.

Für Sonnabend, 22. Februar:
Meist bedeckt bei frischen bis starken Winden. Im Binnenlande frische weisse Niederschläge. Temperatur nur wenig verändert.

An unsere Herren Correspondenten, sowie unsere Freunde und Parteigenossen in der Provinz richten wir die dringende Bitte, uns über den Aussall der Reichstagswahl am 20. Febr. mit möglichster Beschleunigung in Kenntnis zu setzen, da eine schnelle Zusammenstellung des Resultats dem Interesse und den Wünschen aller Parteien entsprechen dürfte. Die Resultate aus den größeren sowie aus den benachbarten Städten und das Gesamt-Resultat für die einzelnen Wahlkreise erbitten wir auf telegraphischem Wege sobald sich dasselbe mit einiger Sicherheit übersehen läßt. Die entstehenden Kosten werden wir gern vergützen.

* [Für die Wähler] werden folgende Fingerzeige für die Wahl am Donnerstag vom Interesse sein. Der Stimmzettel wird unter öffnet in die Wahlurne gelegt. Ein Wahlvorsitzender, welcher den übergebenen Zettel eröffnet, verleiht das Geheimnis der Wahl und hat außer strafrechtlicher Verfolgung zu gewährleisten, daß der ganze Wahlakt des Bezirks für ungültig erklärt wird. Der Wahlzettel ist ebenso wie die Ermittlung des Wahlergebnisses öffentlich. Ein Verschleichen des Wahlzettels während

der Wahl oder Ermittlung des Resultats ist ungültig und kann die Ungültigkeit des Wahlzettels zur Folge haben. Ungültig sind Stimmzettel, welche nicht von welchem Papier oder mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind, welche keinen lesbaren Namen enthalten, oder auf welchen mehrere Namen stehen. Ein Zettel mit einfachem Namen (ohne Vornamen oder Nachnamen) ist gültig zu erachten, sofern er auf einen der bekannten Kandidaten lautet. Zettel, auf welchen ein gedruckter oder geschriebener Name darauf hingeschrieben ist, rechnen für den Namen des letzteren als gültig. Dies Verfahren hat der Reichstag wiederholt als durchaus ungültig erklärt und die Wahlvorsitzende sind geistlich nicht berechtigt, beratliche Stimmen zu kassieren. Lebrigens das Recht, Stimmen für ungültig zu erklären, nur dem Wahlvorsitzenden, sondern dem Collegium, nicht etwa dem Wahlvorsitzenden allein zu. Die Majorität des Wahlvorsitzenden muß darüber entscheiden. Gleich jemand aus Derselben einen doppelten Stimmzettel ab und laufen beide auf denselben Namen, so ist nur einer ungültig, nicht beide.

* [Dampfspritz.] Wie wir hören, ist nun mehr seitens der Stadt auch für die hiesige Feuerwehr die Beschaffung einer Dampfspritze in Aussicht genommen. Die Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel soll bei der Stadtverordnetenversammlung durch den nächsthügigen Stot nachgeprüft werden.

* [Stadtverordnetenstiftung am 18. Februar.] Vorsitzender Herr Otto Sieffens; Vertreter des Magistrats die Herren Bürgermeister Hagemann, Stadtrath Dr. Samter, Büchtemann und Witting.

Der Herr Vorsitzende macht Mitteilung von dem Eingange des Geschäftsberichts des Danziger Hypothekenvereins pro 1889 und von der leichten Revision des Lehamits.

Herr Stadtrath Büchtemann ist zum 2. Bürgermeister der Stadt Charlottenburg gewählt und bestätigt worden. Er wünscht daher schon bald Märkte aus seinem hiesigen Amt zu scheiden. Der Magistrat hat bereits seine Genehmigung dazu ausgesprochen; dasselbe hat auch die Versammlung. Die Neuwahl für die Stelle des Herrn B. ist bereits ausgezeichnet, der Termin für die Meldungen schließt am 24. d. M. so daß die Versammlung sich bald mit der Neuwahl beschäftigen wird.

Zwei Parzellen des Olivaer Freilandes, zusammen 9 Ar 1 Quadratmeter groß, hat der Magistrat für 8604 Mk. an die Actiengesellschaft Zuckerraffinerie Danzig verkauft. Die Versammlung stimmt dem Verkaufe zu.

In der Sitzung vom 15. Oktober v. J. hat die Versammlung einer Vorlage des Magistrats zugestimmt, 3 Parzellen des Rämmeregelndes in Bösdorff auf 12 Jahre zu verpachten. In der That hat aber die Verpachtung nur auf 6 Jahre stattgefunden und die Zahl 12 in der Vorlage war ein Schreibfehler. In Folge dessen hebt die Versammlung ihren Beschuß am 15. Okt. wieder auf und stimmt der Verpachtung auf 6 Jahre zu.

Die Jagd auf der Neufährer Räume, welche bis jetzt geruht hat, will der Magistrat auf 6 Jahre an den Pächter der Heubuder Jagd, Stadtstrat Rossmack, für 50 Mk. jährlich verpachten, zugleich soll die Verpachtung der Heubuder Jagd auf sechs Jahre verlängert werden, so daß dann die Gesamtjagd des Herrn Rossmack 305 Mk. beträgt. Mr. Stauffmann: Es seien mehrere Alagen der Pächter der Rieselberge über Wildschaden zu seiner Kenntnis gekommen; auch glaubte er, daß der Wert der Heubuder Jagd viel höher als 255 Mk. sei. Er beantragt daher, der Magistrat möge die Verpachtung der Jagd in Heubude und auf der Neufährer Räume öffentlich ausstellen mit dem Vorbehalt, unter den drei Meistbietenden die Auswahl zu treffen. — Mr. Stadtrath Büchtemann: Alagen der Pächter der Rieselberge über Wildschaden seien an den Magistrat nie gelangt. Die freiländige Verpachtung der Jagd an Mr. Stadtstrat Rossmack für den vom Oberförster Otto eingeschätzten Pachtwert habe der Magistrat besonders deswegen im Interesse der Stadt erachtet, weil Herr Rossmack als Jagdpächter zugleich die beste Kontrolle über die Heubuder Jagd ausübt in der Lage sei. Verlänge die Versammlung eine Siccitation der Verpachtung, so werde der Magistrat dieselbe ausschreiben. — Mr. Hübner ist durch die Verhandlung peinlich berührt: Mr. Rossmack sei so durchweg Gentleman, daß er sofort von der freihändigen Pachtung zurücktreten werde, sobald die öffentliche Ausbietung derselben angetreten sei.

Die Versammlung nimmt den Antrag des Mr. Stauffmann an.

Die gebauten Thürme auf und an dem Dominikanerplatz werden an den bisherigen Pächter für die bisherige Miete von 60 Mk. auf ein Jahr vermehrt.

Auf dem Grundstück des Kaufmanns Wolff in Alt-Holland kostet ein Grundzins von 102,87 Mk. Die Versammlung willigt darin, daß eine von diesem S. und K. abgetrennte, an den Eisenbahncampus verkaufte Parzelle von der Haftung für den Grundzins freigelassen wird.

verfügen soll. Ob nun wirklich die Einzahlung erfolgt ist, entzieht sich vollständig der Kontrolle; denn es ist sehr wohl möglich, daß dieser die Quittung unterschreibt, den Beitrag aber nicht als vereinbart bucht und dann bei der täglichen Abstimmung der Bücher einfach angibt, daß die Einzahlung nicht stattgefunden hat, worauf dann der eingetragene Vermerk im Buchen des Buchhalters und Rendanten einfach gestrichen wird. Die Commission hat nun damals die Bestimmung vorgeschlagen, die auch in die Instruction für die Rassenbeamten aufgenommen ist: daß die Quittung von dem Rendanten nicht dem Einzahlenden zurückgegeben, sondern unmittelbar dem Kassirer übergeben werden soll. Dann muß der Kassirer jedesmal die etwa nicht stattgefunden Einzahlung durch die in seinen Händen gebliebene Quittung nachweisen. Der Magistrat habe damals erklärt, daß in dem Drange der Geschäfte unmöglich von dem Rendanten verlangt werden könne, jede Anweisung persönlich dem Kassirer zu überreichen; man werde aber ver suchen, eine mechanische Uebermittelung vom Rendanten zum Kassirer herzustellen. Zur Herstellung einer solchen Maschine seien damals 1200 Mk. vom Magistrat verlangt und von der Versammlung bewilligt worden; davon seien 637 Mk. verausgabt und der Rest von 562 Mk. sei es eben, um dessen Absehung es sich handele. Inzwischen ist diese Maschine hergestellt, aber längst wieder als unpraktisch entfernt worden und es besteht seitdem wieder dasselbe Verfahren bei der Kasse, das die Commission gerügt und das nach der Instruction für die Rassenbeamten nicht mehr statthaben soll. Die Instruction ist von der Versammlung in Übereinstimmung mit dem Magistrat beschlossen; sie müsse entweder abgeändert oder strikt durchgeführt werden. — hr. Stadtrath Büchtemich erklärt, daß er sein Amt als Räubermeister übernahm, jene Maschine nicht mehr vorhanden war. Nach dem Gutachten der Techniker sei es auch unmöglich, eine solche mechanische Uebertragung der Schriftstücke herzustellen, die nicht zugleich sehr große Unpraktizität für den Geschäftsbetrieb in der Rasse habe. Die Herren Damme und Hübner bestreiten, daß die Herstellung solcher Einrichtung erhebliche technische Schwierigkeiten habe. — hr. Bürgermeister Hagemann erklärt, daß der Magistrat sich sofort mit der Angelegenheit beschäftigen und der Versammlung in Kürze darüber berichten werde. — Bei der folgenden Debatte, an der sich die Herren Chlors, Dasse, Damme und Münsterberg beteiligen, wird der Antrag gestellt, die Absehung der 562 Mk. abzulehnen, während hr. Damme beantragt, die Belehrungssitzung über diese Angelegenheit vier Wochen auszuschieben.

Der letzte Antrag wird angenommen.

Es folgte dann die erste Lesung einiger Etsats pro 1890/91:

1. Etsat über Verjüngung und Tilgung der Hämmereschulden (Ref.: Herr Simon), welcher in Einnahme mit 481 502 Mk. 50 Pf. (875 Mk. mehr als im Vorjahr) abschließt.

2. Etsat über den Kapitalvermögensfonds (Ref.: Herr Simon), welcher in Einnahme mit 26 215 Mk. 56 Pf. abschließt (260 Mk. 58 Pf. mehr als im Vorjahr.)

3. Etsat der Armenanstalt Pelonken (Ref.: Herr Dinklage), welcher in Ausgaben und Einnahmen mit 84 500 Mk. abschließt. Auf den Antrag des Hrn. Chlers werden hier in Einnahme und in Ausgabe 8000 Mk. Betriebsfonds eugekehrt, so daß der Etsat in beiden mit 72 500 Mk. abschließt.

4. Etsat der Stadtbibliothek (Ref.: hr. Dr. Völkel), welcher in Einnahmen und Ausgaben mit 5655 Mk. balancirt. Der Druck des Katalogs der Stadtbibliothek hat begonnen, und zwar zunächst mit der Abteilung Gedanensis, und wird sogleich fortgesetzt werden. — hr. Chlers stellt für die zweite Lesung den Antrag in Aussicht, eine größere Summe für die Anschaffung von Büchern einzustellen.

5. Etsat der Forst- und Dünenerverwaltung (Ref. hr. Pelschow). Die Einnahmen betragen 11 270 Mark (80 Mk. mehr als im Vorjahr), die Ausgaben 11 400 Mk. (2300 Mk. mehr als im Vorjahr), so daß der Etsat, der früher einen kleinen Ueberschuss gewährte, jetzt eines Ueberschusses von 130 Mk. bedarf. Die Mehrausgaben sind dadurch entstanden, daß 4000 Mk. für die Aufforstung und die Festlegung der hohen Düne an der Weichselmündung in den Etsat gestellt sind.

In die Commission zur Prüfung der in der vorigen Sitzung eingebrachten Vorlage, eine Fernsprechverbindung zwischen dem Polizeipräsidium und den Polizeibezirken herzustellen, werden die Herren Dahlmann, Hübner, Rauffmann, Martin und Prochnow gewählt.

In der darauf statthabenden nicht öffentlichen Sitzung wird gegen die Anstellung des bisherigen Oberlohnrechtsgehilfen Jacoby als Bureau-Assistent kein Einspruch erhoben und das Gehalt des Schleusen-Warters Neumann in Braust von 750 auf 900 Mk. sowie die Remuneration des Dammwärters der neuen Radaune Revolte von 400 auf 500 Mk. erhöht.

Zum stellvertretenden Bezirksvorsteher im 33. Bezirk wird Herr August Reichen und zum Mitgliede der 9. Armen-Commission hr. Kaufmann A. W. Möll gewählt.

* [Strafammer.] In der gestern um 5½ Uhr Nachmittags beendeten Verhandlung gegen Dr. Grüwell und Schwarz wurde mit der Vernehmung der Sachverständigen fortgesfahren. Herr Dr. Farne hat den Gatten der Frau Schwarz früher nicht gekannt, hat aber aus der heutigen Verhandlung den Eindruck gewonnen, daß sein geistiger Zustand kein normaler sei. Herr Dr. Freymuth glaubte, daß eine Entnervung in der Irrenanstalt am 12. Oktober 1888 nicht angezeigt gewesen sei. Er habe in der Entmündigungsakte seine Gutachten dahin abgegeben, daß vorläufig keine Veranlassung vorliege, Schwarz für „bürgertlich tot“ zu erklären, da nicht jeder Geisteskrank entmündigt zu werden brauche. Er halte übrigens Schwarz auch für geisteskrank, er stehe immer auf der Lippe umzuholzen. Ob am 12. Okt. 1888 eine Periode der Irrsinn besanden habe, die eine Ueberführung in eine Irrenanstalt nothwendig mache, könne er nicht angeben; möglich sei es. Herr Dr. Freymuth hat als Auffangarzt 1869 Schwarz behandelt. Seine Erkrankung sei eine so schwere gewesen, daß ihm die Symptome noch im Gedächtnis geblieben seien. Zum zweiten Male sei er 1887 zu Schwarz gerufen worden, den er in einer solchen Erregung gefunden habe, daß er seine Ueberführung in die Irrenanstalt für nothwendig erachtet habe. Er halte Schwarz für geisteskrank; sein Zustand sei ein derartiger, daß seine Ueberführung in eine Irrenanstalt in jedem Augenblick nothwendig werden könnte. In längerer Auseinandersetzung ließerte zum Schlusß Herr Professor Dr. Arndt von der Universität Greifswald den Beweis, daß, wie schon Dr. Krömer gesagt habe, das ganze Leben des Schwarz eine Kette von Krankheitserscheinungen gewesen sei. Sein Gutachten steht dahin ab, daß Schwarz an originärer Paranoide leide, die sich zwar in gewissen Schranken halte, aber bei stärkerer Erregung stets verschlimmere. Wie 1869 und 1887 sei Schwarz auch im Oktober 1888 krank gewesen. Sein Krankheitszustand sei offenbar durch die bei seiner Entscheidung entstandene Erregung hervorgerufen worden. — Herr Staatsanwalt v. Prittwitz ließ die Anklage gegen Woike fallen, hielt sie jedoch gegen Dr. Grüwell und seine Schwestern aufrecht. Er glaube, daß die Ueberführung nur deshalb in Scène gesetzt worden sei, damit die Entscheidung vermieden werde, und halte

es für erwiesen, daß die drei Geschwister gemeinschaftlich gehandelt hätten. Er batte gegen Dr. Grüwell und Frau Schwarz je drei Monate, gegen Fr. Clara Grüwell einen Monat Gefängnis. Herr Rechtsanwalt Langowski sahgegegen in seiner Bertheiligungssrede nach Schwarz gehandelt hätten, da auch die Herren Dr. Hagens und Arndt einen Aufenthalt von Schwarz in Neustadt für zweckmäßig erachtet hätten. — Der Gerichtshof erkannte dahin, daß die Freisprechung des Woike unbedingt hätte erfolgen müssen, da sich nicht der geringste Anhalt dafür ergabe, daß er das Bewußtsein gehabt habe, eine ungesehliche Handlung zu begehen. Auch die Anklage wegen Haushaltensbruches sei nicht erwiesen worden. Bei der Frage der Freiheitsberaubung sei der Gerichtshof zu der Überzeugung gelangt, daß die Angeklagten nicht in dem Interesse des Schwarz, sondern in Verfolgung eigensüchtiger Absichten gehandelt hätten. Es sei deshalb nicht nötig, in die nächste Prüfung der Frage einzutreten. Ob Schwarz am 12. Oktober 1888 geisteskrank gewesen sei, denn unter der obigen Vorausehung würde die Internirung des Schwarz auch dann straflos gegeben sein, wenn er wirklich geisteskrank gewesen sei. Während es unzweifelhaft sei, daß Dr. Grüwell und Frau Schwarz das Bewußtsein von der Rechtswidrigkeit ihrer Handlung gehabt hätten, sei diese Frage bei Fr. Clara Grüwell verneint worden. Es sei deshalb bei ihr aus Freisprechung zu erkennen gewesen, während Dr. Grüwell wegen Freiheitsberaubung zu zwei, Frau Schwarz zu einem Monat Gefängnis zu verurtheilt seien.

* [Feuer.] Die Feuerwehr wurde gestern dreimal in Thätigkeit gesetzt. Während das Löschchen eines Flugzuges in dem Hause Langgasse 78 nur geringe Mühe verursachte, kostete die Befestigung eines Balkenbrandes im Hause Vorstädtischen Graben Nr. 45 größere Mühe, da es erst nach langem Suchen gelang, den Herd des Feuers zu entdecken. Begegnen 8 Uhr Abends mußte sich schließlich ein Zug nach hinter Gäßchen 20 begeben, wo gleichfalls ein Balken durch eine schwache Feueranlage in Brand gesetzt worden war. Durch Absägen der brennenden Holzhölle wurde jede weitere Gefahr beseitigt.

[Polizeibericht vom 18. Februar.] Verhaftet: Ein Arbeiter, 1 Mädchen wegen Diebstahls, 1 Arbeiter, 1 Frau wegen großen Unfalls, 11 Döbachtöfe, 1 Betrunkenen, 1 Dirne. — Geflohen: 1 Silberne Cylinderuhr, 2 Küchner, 2 Pf. Schweinesleisch.

Y. Bohnsd., 18. Februar. Bei der jehigen hälfter Jahreszeit erhalten hier die armen Schulhinder aus entfernten Orten warmes Mittagessen. Die Kosten, welche pro Portion 25 Pf. betragen, werden aus der Kreis-Communalkasse bezahlt.

1. Marienburg, 18. Februar. Gänmitliche Parteien des Wahlkreises sind in die Wahltagung eingetreten, die so lebhaft ist, wie kaum bei früheren Wahlen. Ohne einzelne Uebergriffe polizeilicher Organe scheint es auch dieses Mal nicht abzugehen. So wurden gestern in einer Driftschaft des großen Werders einem Boten des freikirchlichen Wahlcomités durch den Sendarmen sämtliche Wahlzettel und Flugblätter ohne gesetzlichen Grund abgenommen.

— Elbing, 18. Februar. Vor einer von etwa 800 bis 900 Personen besuchten sozialdemokratischen Wählerversammlung sprach gestern Abend hier Herr Jochens aus Danzig. Letzterer unterzog die von Herrn v. Putthamer im hiesigen Wahlkreise gehaltenen Reden einer Kritik. Herr v. Putthamer, welcher zu der Versammlung eingeladen war und zur Discussion zu kommen verpflichtet hatte, war nicht erschienen.

— Stuhm, 17. Februar. Die nächste Kreistag wird am 22. Februar abgehalten werden. Außer der Festsetzung des Kreishaushalt-Etsats stehen wichtige Gegenstände nicht auf der Tagesordnung. Der Etsat für 1890/91 ist in Einnahme und Ausgabe auf 131 313 Mk. veranschlagt, während der Etsat 1889/90 um ca. 6000 Mk. niedriger war. Aus dem Einladungsschreiben des Herrn Landrats geht hervor, daß der Anteil des Kreises Stuhm an dem Ertrage der Getreide- und Viehsteuer für das Jahr 1889/90 42 338 Mk. betragen hat, während im Etsat für diesen Einnahmeposten nur 20 000 Mk. vorgesehen waren.

K. Schew, 17. Februar. Von den Bewohnern des südlichen Theils des hiesigen Kreises ist eine Petition an die Regierung in Marienwerder gerichtet worden, in welcher die Nothwendigkeit der Errichtung einer Apotheke in Gruczino ausgeführt und dargelegt wird, daß die schon lange angestrehte Niederlassung eines Arztes dagegen unmöglich wäre, wenn nicht auch eine Apotheke dort etabliert würde. Eine Abchrift dieser Petition ist auch dem hiesigen Kreisausschuß eingereicht worden mit der Bitte, die Bewährung einer Kreisbehilfe für die Gründung einer Apotheke auf mehrere Jahre bei dem Kreistage zu befürworten, ähnlich wie dies im Jahre 1878 bezüglich der Apotheke in Osche gegeben sei, die, anfangs auf die Kreisbehilfe angewiesen und ohne diese nicht lebensfähig, sich jetzt als völlig lebensfähig und rentabel, aber auch als absolut nothig für den ganzen Kreisbezirk erweist. Der Kreis-Ausflug hat nun in Erwägung, daß eine Apotheke in Gruczino eine große Wohlthat für die Oberschaff und die Umgegend sein würde, für den Fall der Errichtung eine Behilfe von je 400 Ma. auf 3 Jahre beurtheilt.

Königsberg, 18. Februar. Gänmitliche Flugblätter der freikirchlichen Partei, soweit sie noch vorhanden waren, wurden gestern konfisziert, und zwar wegen eines Preßerganges, begangen durch eine nach der Ansicht der betreffenden Behörde unrichtige Angabe der Verlagsfirma. Gegen die Maßregel wird an zuständiger Stelle Beschwerde erhoben werden. (A. A. A.)

* Der Bürgermeister Binder in Mehlack (welches die hdnigl. Regierung zu Königsberg neulich) wegen seiner nicht rechtzeitig erfolgten dritten Wiederwahl die Annahme von Amtshandlungen vorläufig untersagte, ist nun auf eine vom 1. Januar d. J. ab begonnene weitere Amtsduer von 12 Jahren bestätigt worden.

* Der Polizei-Stadt-Physikus, Sanitäts-Rath Dr. med. Kisse in Königsberg ist zum chirurgischen Assessor bei dem Medicinal-Collegium der Provinz Ostpreußen und der bei der landwirthschaftlichen Verwaltung als Special Commissioner beschäftigte Regierungs-Assessor Eggeling zu Memel zum Regierungsrath ernannt worden.

Insterburg, 14. Februar. Wegen fahrlässiger Tötung wurde gestern von der hiesigen Strafammer eine Gastwirthsfrau von Goldap zu einer Woche Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. Am 1. April d. J. ließ die Gastwirthsfrau in gewohnter Weise zur Nacht das Schlafzimmer mit Steinkohlen heizen und befahl später dem Dienstmädchen, die Asche zu schließen, da der Ofen schon ausgebrannt sei. Aber am Morgen fand man den Gastwirth, die Schwester der Frau und zwei Kinder von dem Kohlenstundt detäubt in den Betten liegen. Der Mann und die Kinder erholt sich bald wieder, aber bei der 34-jährigen Schwester der Frau blieben alle Belebungsversuche erfolglos. (A. A. A.)

*) Der inzwischen verstorbene Oberstabsarzt Dr. Hagens hat damals, als diese Angelegenheit in der Danziger Presse besprochen wurde, die Redaktion der „Danziger Zeit.“ ausdrücklich autorisiert zu erklären, daß er ein „Akte“ zur Ueberführung des Schwarz in eine Irrenanstalt nicht gegeben habe, sondern nur einen Privatbericht für Dr. Krömer, falls Schwarz sich freiwillig zu demselben begeben wolle. D. Red.

Die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung und die Zollabsperrungspolitik.

Die internationale Regelung des Arbeiterschutzes, für welche in dem ersten der kaiserlichen Erlassen eine Conferenz der bedeutendsten Industriestaaten Europas in Aussicht genommen ist, besteht von zwei verschiedenen Seiten mit der Frage der autonomen Schutzhollpolitik und der Frage der Handelsverträge in Verbindung gebracht worden. In der englischen Presse ist vielfach die Ansicht

ausgesprochen, daß für eine gleiche Regelung des Arbeiterschutzes durch internationale Verträge die Absperrungspolitik, welche zur Zeit viele Staaten des europäischen Continents verfolgen, ein ernstliches Hindernis bieten müsse; wenn bei den angestrebten internationalen Abmachungen Rücksicht auf die Conurrenzfähigkeit der Industrien der verschiedensten Länder genommen werden sollte, so sei es unvermeidlich, die Hemmnisse zu beprägen, welche dem freien Austausch auf den Märkten so vieler Länder durch Zollshöhen bereitet werden, und die Aussicht auf ein günstiges Resultat der Verhandlungen werde wesentlich erhöht werden, wenn die streng schützpolitischen Staaten gleichzeitig eine Milderung ihres Absperrungssystems eintreten ließen. In einem anderen Sinne hat prof. Brentano in Leipzig in einem Vortrag eine Verbindung der Arbeiterschutz-Frage mit der Frage der Handelsverträge in Vorschlag gebracht. Er betonte, daß die Möglichkeit der Einführung gleicher Bestimmungen über Fabrikgeheimhalt für alle Industriestaaten nur insoweit bestehen, als ein jedes Land für seine Industrie eine seinen nationalen Produktionsbedingungen entsprechende nationale Arbeiterschutzgesetzgebung schaffe; daß eine solche Gesetzgebung beschlossen und auch strikt durchgeführt werde, dafür könne allein die Jurist vor dem Verlust des Absatzmarktes eine wirksame Garantie bieten, und deshalb müsse die Zollgesetzgebung hier das Mittel zum Zweck abgeben. Das Erlösen der Handelsverträge im Jahre 1892 blieb eine günstige Gelegenheit, den neuen Handelsverträgen die Clause beizufügen, daß die Handelsvergünstigungen nur so lange gewährt werden, als die getroffenen Vereinbarungen bezüglich des Arbeiterschutzes strikt durchgeführt werden.

Wenn auch bei den Verhandlungen über eine internationale Regelung des Arbeiterschutzes die Größerung über die Frage, inwieweit die Conurrenzfähigkeit jedes einzelnen Landes durch die Zollpolitik aller anderen Länder beeinflußt wird, schwerlich auszuschließen sein wird, so würde doch eine solche unmittelbare Verbindung der Arbeiterschutzgesetzgebung mit den Streitfragen der Zoll- und Handelspolitik nicht angekrebt werden können, ohne die Vollendung der auf beiden Gebieten münschenswerten Reformen wesentlich zu erschweren.

Doch dies unfehlbar eintreten müßte, sobald für die Zustimmung zu einem Vertrage über Arbeiterschutz ohne weiteres die Befreiung der jetzt in so vielen europäischen Staaten errichteten Schutzhöhen gesondert werden würde, bedarf keines ausführlichen Nachweises. Aber auch der viel vorstelligere Vorschlag des Professors Brentano ist viel mehr geeignet, den Abschluß einer Vereinbarung zu erschweren, als zu erleichtern. Seine Verwirklichung würde in die Frage des Abfallusses neuer Handelsverträge, in welcher jede Verständigung ohnehin auf sehr große Schwierigkeiten stößt, noch ein neues Moment des Streites hineinragen, ja unter Umständen in dem Zollkriege, der nun einmal tatsächlich in Europa zwischen vielen Staaten besteht, noch die Anwendung einer neuen Waffe nahelegen. Weit richtiger scheint es unter diesen Umständen, auf jede Verquickung der Arbeiterschutzfrage mit der Zoll- und Handelsvertragsfrage zu verzichten und vielmehr auf den mittelbaren Einfluß zu vertrauen, den eine Annäherung der wichtigsten europäischen Staaten auf dem Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung auch auf ihr handelspolitisches Verhältnis zu einander nothwendig ausüben würde. Es gehört zu den charakteristischsten Zügen der Culturstromung unserer Zeit, daß mancherlei Fragen, in denen früher jeder einzelne Staat seine eigenen Wege ging, jetzt zum Gegenstand internationaler Vereinbarungen gemacht werden; die Literar-Convention, die Mass-Convention, die Congo-Akte etc. sind Beispiele solcher Abmachungen, in welchen gewissermaßen das Gemeinschaftsgefühl aller Culturnationen zu einem gesetzmäßigen, vertragsmäßigen gewährleisten Ausdruck gelangt. Jeder weitere Schritt auf dieser Bahn erleichtert ein ferneres Fortschreiten. Die Absperrungspolitik, welche das Princip des modernen Zollschutsystems bildet, widerstreitet durch die Schaffung künstlicher Schranken zwischen den einzelnen Staaten nicht allein dem großen Zwecke aller Wissenschaft und Technik, welche die von der Natur gelehnten Schranken zwischen den Nationen möglichst zu überwinden suchen, sondern sie steht auch in schroffem Widerspruch mit dem Geiste, der alle jene neuen internationalen Vereinbarungen geschaffen. Gelingt es deshalb, wenn auch zuerst nur in einem bescheidenen Umfange, zu der geplanten Vereinbarung über die Arbeiterschutzgesetzgebung zu kommen, so kann die gute Rückwirkung auf die Aufnahme und Fortführung neuer Handelsvertrags-Verhandlungen schwerlich ausbleiben.

Vermischte Nachrichten.

* [Miss Nelly Bin], eine junge Amerikanerin, welche in 12 Tagen die Reise um die Welt vollzogen, ist in New York wie eine Reiterin des Vaterlandes empfangen worden. Die „World“, deren Mitarbeiter sie ist, hatte dem Anteile nach dem Empfangsumzug im Scene gelehnt und das Journal Joe Pulitzer veranstaltete am Tage nach ihrer Ankunft eine „Nelly Bin“-Nummer, welche den Reisebericht der jungen Dame enthält. Selbst ist uns, so schreibt die „Volks-Ztg.“, ein treckenes und inhaltsloses Schriftstück vorgekommen als dies. Miss Nelly Bin hat von der Welt die sie umkreiste, nichts gesehen, als die Eisenbahnwagen, Schiffskajüten und Stationsgebäude. Sie lebt sie nichts, als daß ihr jemand unterwegs einen Ast schenken wollte. Doch halt! — Eine wichtige geographische Entdeckung hat die Weltreisende gemacht nämlich die, daß man in keinem Lande der Welt außer in Kalifornien, in zehn Stunden von den Drangenhainen bis zur Schneeregion gelangen könne. Eine Fahrt mit der St. Gotthardbahn würde sie belehren, daß dies in Europa in sechs Stunden bequem zu ermöglichen ist.

Citz, 28. Januar. [Eine wunderbare Geschichte.] Vier Männer aus Eldora wollten sich in der Nähe von Hardin City im Iowa-Fluß mit Fischen vergnügen. Sie schlugen ein Loch in die Eisdecke und spießen bald einen Hecht, dessen Körper ihnen jedoch etwas außer Tugend zu sein däuchte. Sie öffneten den Fisch deshalb sofort und fanden in seinem Bauch eine große Brieftasche, welche 85 Dollars in Gold, 15 Dollars in Silber, 45 Dollars in Greenbacks und 10 000 Doll. in sonstigen Wertpapieren enthielt. Aus dem Inhalt der Brieftasche war ferner zu erkennen, daß sie einem Herrn John J. Jones aus Johnson, Pa., gehört hatte. Dort war sie ohne Zweifel gelegen, als der Hecht verschwommen im vorigen Frühjahr von dem Hecht verschlungen worden, dann hatte dieses habgierige Thier eine Kiefer angetreten, war den Conemaugh und Ohio hinab- und den Mississippi hinausgeschwommen und

schließlich in den Iowa gelangt, wo es ein unlängliches Ende fand.

Bücherlisten an die Redaktion.

Danzig, 18. Februar. In der Abend-Ausgabe dieser Zeitung vom 17. d. Mts. Nr. 18 147, ist in dem „die Wählerversammlung in Heubude“ überzeichneten Artikel erwähnt, daß sich ein einzelner Herr (während der Rede des Herrn Drawe) zu einem lauten gänzlich unglaublichens Zwischenrufen größten Kalibers veranlaßt sah. Am Schlus jenes Artikels ist dann wörtlich Folgendes angeführt: „Dieser Herr aber war, wie ausgelöst wurde, der stellvertretende Kreisecretär des Landratsamts für den Kreis Danziger Niederung“. Mit Bezug hierauf erklärte ich, daß ich weder der gedachten Wählerversammlung beigewohnt habe, noch überhaupt am Sonntag, den 16. d. M., in Heubude gewesen bin. Vogt, Regierung-Supernumerar und commiss. Kreisecretär für den Kreis Danziger Niederung.

Daher Vogt, der „commis. Kreisecretär“, die erwähnten Störungen in der Heubude-Derlammlung verursacht habe, ist weder in unserem Bericht erwähnt

Naturforschende Gesellschaft.

Mittwoch, den 7. Februar.

Abends 7 Uhr.

Frauenallee Nr. 26.

1. Ordentliche Sitzung: Herr Regierungsratlehrer G. Schulte. Mitteilungen einiger Beobachtungen in der Natur und wissenschaftliche Erklärungen derselben.

Herr Dr. Lachowitsz: Die Plankton-Expedition im Sommer 1889 und wissenschaftliche Mitteilungen.

2. Außerordentliche Sitzung: Mitgliederwahl.

Ball.

Bekanntmachung.

In unserem Handelsregister ist folgende Verfassung vom 14. Februar eingetragen bei der unter Nr. 461 eingetragenen Commissarien Gesellschaft „von Roggenbucke Bark et Comp.“ die Auslösung der Gesellschaft zu merken und zugleich als Liquidatoren eingesetzt, die bisherigen persönlich haftenden Gesellschafter:

Raufmann Heinrich Emil Otto von Roggenbucke,

Raufmann Johannes Rudolph Bark,

selbe in Danzig.

und der Beamte der Bank für Handel und Industrie in Varmstadt, Paul Seiter in Berlin.

Die Liquidatoren sind zur Vertretung der Gesellschaft in der Weise beauftragt, daß sie zu Auslösung eines der beiden oder beider bisherigen persönlich haftenden Gesellschafter die Gesamtleitung des Gesell verfügt.

Danzig, den 14. Februar 1890.

Abg. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute folgende Verfassung vom 14. Februar er. unter Nr. 485 die Firma J. Borch mit dem Ghefe, welche die Gesellschaft zu merken und zugleich als Liquidatoren eingesetzt, die bisherigen persönlich haftenden Gesellschafter:

Raufmann Heinrich Emil Otto von Roggenbucke,

Raufmann Johannes Rudolph Bark,

selbe in Danzig.

und der Beamte der Bank für Handel und Industrie in Varmstadt, Paul Seiter in Berlin.

Die Liquidatoren sind zur Vertretung der Gesellschaft in der Weise beauftragt, daß sie zu Auslösung eines der beiden oder beider bisherigen persönlich haftenden Gesellschafter die Gesamtleitung des Gesell verfügt.

Danzig, den 14. Februar 1890.

Königliches Amtsgericht X.

Gekrönt.

Gegen den Landwirt Ferdinand Domroes aus Kreis Berent, geboren am 17. Januar 1838 in Bollenein, Kreis Gardebus, verheirathet mit Wilhelmine, geb. Schröder, evangelisch, welcher höchstens 18. best. sich verheirathet hat, eine durch Urteil des Königlichen Schöffengerichts zu Berent vom 11. März 1868 erkannte Gefangenheitsstrafe von zwei Monaten vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verheirathen, in das nächste Gerichtsgericht zur Strafverjährung abzuhefern und hierher zu den Akten D. 54/88 Mitteilung zu machen.

Danzig, den 1. Februar 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In dem Concoursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns J. Wohl in Marienwerder ist zur Abnahme der Schlüsseprüfung des Verwalters der Schlüsseprüfung auf

den 3. März 1890,

Mittwoch 11 Uhr, vor dem Königlichen Amtsgerichte hierfür. Zimmer Nr. 2, bestimmt.

Marienwerder den 7. Februar 1890.

Baumann, Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts I. (872)

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Gericht befinden sich in Verwahrung die Testamente:

1. der Eisenblümer Andreas und Marianne geborene Rostsch Malinowski'schen Eheleute zu Chmielno, errichtet am 2. März 1882.

2. des Gutsbesitzers Josef Gabriel v. Laskowski in Gullenczyn, errichtet am 25. Mai 1832.

3. der Eisenblümer Wilhelm und Constania geborene Gräber Heinrichschen Eheleute zu Ostroszken, errichtet am 4. Mai 1833 deren Publikation bisher nicht beantragt worden ist.

Die Interessenten werden hiermit auf Grund des § 218, Abs. 1, Titel 12, Art. 2a brechts aufgefordert, die Publikation nachzuladen.

Danzig, den 10. Februar 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zur diesjährigen Trägjahrsprüfung sind für die Danzig Böhmische Provinzial Chaussee 190 und für die Böhniach-Stutthof Provinzial Chaussee 150 Stück Linden-Ahorn-Birken- und Eichenstämmen von 3,0 bis 3,5 m Höhe und 4 bis 5 cm mittlerem Durchmesser erforderlich. Baumstuhlenbesitzer werden erucht, ihre Offerteren bis

Montag, den 3. März er.,

Mittwoch 10 Uhr, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift auf der hellen Landes Baumschule - Neugarten 23/24 - einzureichen, wobei auch die speziellen Lieferungsbedingungen während der Dienststunden abgelehnen werden können.

Danzig, den 14. Februar 1890.

Der Landes-Baumschule Breda.

General-Persammlung

des Allgemeinen deutschen Jagdschuh-Vereins

am Dienstag, den 25. Februar,

Abends 7½ Uhr,

in Danzig, Rathskeller,

Landesvorstand Westpreußen

v. Zelewski Baromin (853)

Formulare.

Unfall-Anzeigen d. Westpreuß. landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft,

100 Bogen 1 M. 50 Bogen 60.

25 Bogen 35. d. einzelne 2 M.

Wahlstellen der Gemeinden,

1 Buch (24 Bogen) 1 M.

Anmeldeformulare Wahlberechtigter Gemeinde-

Mitglieder,

1 Buch (24 Bogen) 20.

zu beziehen durch

A. W. Hofmann in Danzig.

Schloßfreiheit-Lotterie

Die 1. Stelle am 17. März 1890.

Original 1/1 65 M., 1/2 32,50 M., 1/4 16,50 M., 1/8 8,50 M.

Depot-ref. 1/1 1/2 1/4 1/8 1/16 1/32

Anteil-Lotto 60 M. 30 M. 15 M. 7,50 M. 4 M. 2 M.

Zur Erhöhung der Gewinn-Chancen empfehlen wir:

1/1 28 M. 12 M. 10 M. 7,50 M. 5 M. 2,5 M.

Vorstoß und Litten 125 M.

August Jubiläum, Bank, Friedrichstraße 79.

Berlin W., Straße 79

Bank, Geschäft.

Berlin W., Stra

Beilage zu Nr. 18150 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 19. Februar 1890.

Gutachten der Bau-Akademie über die Regulirung der unteren Weichsel und Nogat.

Das schon in kurzem Auszuge telegraphisch mitgetheilte Gutachten der Akademie des Baumeisters vom 6. Mai v. J., welches die Regierung über die Regulirung der unteren Stromläufe der Weichsel und Nogat erfordert und jetzt dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, ist für einen großen Theil unserer Leser von solcher Wichtigkeit, daß wir dasselbe nachstehend im Wortlaut wiedergeben zu sollen glauben.

Bei der Beratung des Gesetzmürcses, betreffend die Regulirung der Stromverhältnisse in der Weichsel und Nogat, wurde von dem Abgeordnetenhaus in der Sitzung vom 30. April 1888 eine Resolution dahin gehend angenommen,

die Staatsregierung aufzufordern, auf Grund der während des vorjährigen Hochwassers gemachten Erfahrungen von neuem Ermittlungen darüber anzustellen, ob durch die Schließung und Kanalirung beziehungsweise durch eine entsprechende Regulirung der Nogat mit Aussicht auf Erfolg und unter möglichster Verhinderung aller damit zusammenhängenden Interessen der Widerkehr von Überschwemmungsgefahren für die durch die Hochwasser der Weichsel und Nogat bedrohten Gebiete vorgebeugt werden könnte, und darüber dem Landtag thunlichst in seiner nächsten Sessjon eine Vorlage zu machen.

Entsprechend dieser Resolution sind von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten durch Erlass vom 26. Juli 1888 der Akademie des Baumeisters vier Fragen zur Beratung und Beantwortung vorgelegt und von der Abtheilung für das Ingenieur- und Maschinenwesen in vier Sitzungen am 4., 5., 6. Febr. und 7. März 1889 eingehend erörtert worden. Diese Fragen und die darüber gesetzten Beschlüsse sind folgende:

Frage I.

Erscheint mit Rücksicht auf die in der Landesvertretung erhobenen Bedenken und auf die Erfahrungen, welche bei dem ungünstigen Verlaufe des Hochwassers im Frühjahr 1888, sowie überhaupt seit Erfüllung des Gutachtens vom 28. Mai 1881 gemacht sind, eine entsprechende Änderung des letzteren geboten, und kann insbesondere die Nogat bei ihrer Abweitung überhaupt oder doch zeitweise bei Hochwasser gesperrt werden, ohne daß dadurch eine Gefährdung des Pillauer Hafens eintritt?

Das Pillauer Tief bildet, nachdem die außer demselben in früheren Jahrhunderten vorhanden gewesenen anderweitigen Ausmündungen des Frischen Haffs sich weit aus natürlichem Wege scheit unter künstlicher Beihilfe geschlossen haben, zur Zeit die einzige Verbindung des Haffs mit der Ostsee.

Da die in das frische Haff mündenden Gewässer hier ihren Abfluß nach der See haben, und auch der wechselnde Wasserstand der Ostsee eine kräftige Ein- und Auströmung veranlaßt, so hat sich in der Ausmündung bei Pillau eine große Tiefe und Breite ausgebildet.

Die allgemeinen hydrotechnischen Gesetze, nach denen die Profilbildung in dem erwähnten Verbindungskanale zwischen dem Haff und der Ostsee vor sich gegangen ist, sowie die Bedingungen, welche dauernd erfüllt sein müssen, um die Schaltung bzw. weitere Ausbildung jenes Profils zu sichern, sind in dem früheren Gutachten der Akademie vom 28. Mai 1881 ausführlich erörtert worden. Auch bei der erneuten Prüfung der gestellten Fragen hat nach eingehender Erörterung aller dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkte kein Anlaß gefunden werden können, in dieser Richtung von dem früheren Gutachten abzuweichen.

Indessen sollen die wesentlichsten der bereits früher gegebenen Ausführungen hier wiederholt werden.

Bei der Einströmung wird von der See aus Sand in das Tief und in den zunächst gelegenen Theil des Haffs geföhrt. Die stärkere, ausgehende Strömung trägt den Sand zum Haff wieder nach der See zurück und erhält, so lange sie ungeschwächt besteht, in dem Tief selbst eine regelmäßige breite und tiefe Rinne. Auf die Ostenthaltung des Geegatts wirkt nur die ausgehende Strömung, welche durch die Molen geleitet wird, daher muß, wenn die ausgehende Strömung verhindert wird, eine Verflachung des Geegattes eintreten. Wenn nun auch das Haff als Spülbecken nicht untersucht werden darf, so wird die Spülkraft desselben doch durch die in das Haff mündenden Zuflüsse erhöht, weil die ausgehende Strömung durch dieselben wesentlich verstärkt wird. Nach den Beobachtungen der letzten zehn Jahre haben im Pillauer Tief im Durchschnitt jährlich an 103 Tagen eingehende und an 223 Tagen ausgehende Strömungen stattgefunden, und zwar die letzteren an 78 Tagen bei ausländigen Winden, bei welchen die Wirkung des ausgehenden Stromes, der Geegrad dann durch die Wellen aufgewöhlt wird, auf die Räumung des Geegattes von besonders starkem Einfluß ist. Den hauptsächlichsten Binnensluß des Haffs bildet die Nogat. Nach Inhalt des Hauptläuterungsberichts von Alsen und Fahl zu dem Proiecte über die Regulirung der Weichselmündungen vom 15. März 1877 entwässert die Weichsel bis zur Montauerspitze ein Niederschlagsgebiet von 174 000 Quadrat-Kilometer. Rechnet man hieron auf den Abfluß durch die Nogat nur zwei Siebentel (beflummingfähig soll es ein Drittel sein), so ergiebt dies = 49 700 Quadrat-Kilometer. Der Pregel, die Passare und die anderen Zuflüsse des frischen Haffs, einschließlich der Abflüsse aus dem großen Marienburger Werder und der Marienwerderischen Niederung, entwässern zusammen ein Niederschlagsgebiet von rund 19 000 Quadrat-Kilometer, woraus folgt, daß durch die Verschließung der Nogat der von den Binnengewässern herrührende Abfluß durch das Pillauer Tief um 72 Prozent vermindert werden würde. Welchen Einfluß eine so bedeutende Verminderung der Abflüsse auf die Ostenthaltung der Pillauer Hafen einfahrt haben würde, läßt sich allerdings durch Rechnung nicht vorher bestimmen. Sie würde jedoch unweigerlich von erheblichem Nachtheile sein. Der Verlust auf die Wirkung eines so wesentlichen Theils dieser Naturkraft ist um so bedenklicher, als durch den Nord-Ostsee-Kanal auch Schiffen von mehr als 7 Mtr. Längsgang der Eintritt in die Ostsee eröffnet werden wird, und man deshalb bestrebt sein muß, in den wenigen Häfen, die den tiefliegenden Schiffen an der preußischen Ostseeküste überhaupt zugänglich sind, nicht nur die vorhandene Tiefe zu erhalten, sondern lehnt auch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu vermehren. Die vorstehenden Angaben über die Bedeutung der ausgehenden Strömung für den Pillauer Hafen finden in den nachstehend aufgestellten Vorgängen ihre Bestätigung. In Folge der im Jahre 1853 ausgeführten Cupirung der alten Nogat an der Montauerspitze und der Größnung des Priedler Kanals sank die durch die Nogat abgeführt Wassermasse, die vorher etwa zwei Drittel des Wassers der ungetheilten Weichsel dartrug, auf ein Drittel herab. Diese Abnahme des Nogatabflusses hat, wie in dem Gutachten vom 28. Mai 1881 näher nachgewiesen ist, auf das Pillauer Tief einen nachtheiligen Einfluß ausgeübt, als der von der See hineingeführte Sand durch den ausgehenden Strom nicht mehr in demselben Maße wie früher in die See hinausgespült

wurde, sondern auf der südlichen Seite des Tiefs liegen blieb und das Tief verengte, so daß das mittlere Benehme Profil desselben sich vom Jahr 1853 bis zum Jahre 1879 von 3500 Q.-Mtr. auf 3000 Q.-Mtr. verminderte. Als im Jahre 1855 die Weichsel in Folge einer starken Eisversenkung ihre Tiefe bei Clossow und Groß Montau durchbrach, und das gesamme Weichselwasser sich durch das Haff und das Pillauer Tief in die Ostsee ergoss, vergrößerte sich das mittlere Benehme Profil auf 3800 Q.-Mtr. Obwohl in Folge dieser Profilvergrößerung bei steigender See größere Wassermassen in das Haff eindrangen und bei fallender See wieder in die Ostsee zurückflossen, so war die hierdurch veranlaßte Spülung doch nicht im Stande, die Verflachung des Tiefs zu verhindern. Dieser Vorgang beweist, daß die durch die Vergrößerung des Durchflusprofils veranlaßte stärkere Ein- und Auströmung des Gewässers den verminierten Abfluß der Nogat nicht zu erschließen vermochte. Bis zum Herbst 1857 ist das mittlere Profil des Geegatts noch weiter und zwar bis auf 3800 Q.-Mtr. zurückgegangen, ist dann aber durch die starke Auswäscherung, welche im Frühjahr 1858 stattfand, wieder auf 3100 Q.-Mtr. gewachsen. Vor dem Pillauer Tief lag bis zum Jahre 1854 eine geschlossene Barre, auf der die Wassertiefe nur etwa 5 Meter betrug. Außerhalb der damals nur in einer Länge von wenig über 300 Meter aufgefahrteten Südermole wurde das ausströmende Wasser nicht auf eine bestimmte Stelle der Barre geleitet, soviel mehr nach allen Seiten hin ab, so daß eine tiefe Rinne in der Barre, ein Gatt, sich nicht auszubilden vermochte. Im Frühjahr 1855 wurde die ganze Barre in großer Breite durchbrochen, daß nunmehr auch außerhalb des Geegatts eine Tiefe von mindestens 8 Metern vorhanden war. Durch die Auströmung wurde nach und nach zwar wieder Sand herbeigeführt und eine neue Barre gebildet, da aber zwischen die Nordermole, welche früher vielfach Beschädigungen erlitten hatte, regelmäßig ausgebaut und die Südermole um 800 Meter verlängert war, so ist durch das Zusammenhalten der ausgehenden Strömung in einer bestimmten Richtung gegen die Barre und verhältnismäßig geringe Baggerungen, die im Tief ausgeführt wurden, es gelungen, eine Fahrtsiefe von über 7 Meter zu erhalten.

Von ähnlichen Folgen, wie die vollständige Cupirung der Nogat, würde auch eine zeitweilige Absperrung derselben begleitet sein. Eine solche Absperrung würde überhaupt nur dann Erfolg haben, wenn sie vor dem Eintritt der Eisbildung geschehen und bis zur Beendigung des Eisgangs in Wirkung bleibende hätte. Erfahrungsmäßig aber sinden die Eissägen der Weichsel stets bei höheren Wasserständen statt, die entsprechenden Wassermengen würden also für die Spülung des Pillauer Tiefs verhindern gehen. Ein etwaiger Versuch, während des Eisgangs eine größere Zahl kleiner Eisschüttungen in der Absperrvorrichtung für den Wasseraustritt frei zu halten, würde unfehlbar deren Verstopfung durch Eisblöcken zur Folge haben. Da es überdies kaum möglich sein würde, nach Beendigung des Eisgangs, so lange die hohen Wasserstände andauern, die Spülvorrichtung, unter deren Schutz die Nogat in ihrem oberen Theile trocken laufen müßte, zu beseitigen, so würde die zeitweilige Absperrung der Nogat, etwa durch ein bewegliches Wehr oder ein Sperrschiff, in ihren Folgen dem gänglichen Verschlüsse derselben nahezu gleichkommen. Man hat ferner die Meinung ausgesprochen, daß eine zeitweilige Absperrung der Nogat auch durch ein Eiswehr, welches aus einer Reihe von Eisböcken herzuftell sei, erfolgreich ausgeführt werden könnte. Die Wirkung eines derartigen Bauwerks (vgl. auch Alsen und Fahl Seite 41—44) erscheint jedoch mehr als zweifelhaft. Entweder wird das Weichselwasser ausdrücklich zurückgehalten und nur das Wasser gelangt zum Austritt oder das Eis geht mit dem Wasser durch das Wehr in die Nogat oder das Wasser wird zugleich mit dem Eis zurückgehalten. Im ersten, dem am wenigsten wahrscheinlichen Falle, würde die Weichsel mit Eis belastet werden, da der Eisbewegung die treibende Kraft des Wassers entzogen werden würde; im zweiten, dem weniger wahrscheinlichen Falle, würde das Wehr sich als ein entbehrliches Bauwerk kennzeichnen; im dritten Falle endlich würde ein vollständiger Abschluß der Nogat eintreten und alles, was gegen einen solchen Abschluß gefügt worden ist, auch in Bezug auf das Eis genug Sicherheit haben. Sollte aber das Vertrauen auf die Wirkksamkeit des Eiswehrs gar zur Sorglosigkeit in der Deichunterhaltung an der Nogat führen, so würde dieser Umstand einen Grund mehr gegen die Errichtung eines Eiswehrs bilden.

Zu Gunsten der Cupirung der Nogat ist angeführt worden, daß die Ginkstoffe, welche die Nogat herabführen, am Ufer des Haffs sich ablagern und dessen Wasseroberfläche verkleinern, wodurch die Wirkksamkeit des Haffs als Spülbecken vermindert werde. Ja, es wird sogar die Behauptung aufgestellt, daß diese Ginkstoffe zum Theil bis Pillau wandern und unmittelbar zur Verflachung des Geegatts und des Geegattes beitragen. Die letztere Annahme ist entschieden unrichtig, da die etwa in der Nogat herabkommenden sandigen Bestandtheile durch die verhältnismäßig geringe Strömung, welche im Haff selbst bei starker Auswäscherung stattfindet, nicht fortbewegt werden, sondern vor den Mündungen der Nogat niedergeschlagen. Schlichtheile dagegen, welche auch im Haff suspendirt werden, durch die stärkere Strömung des Tiefs in die See hinausgeführt werden. Ablagerungen von Schlicht sind im Pillauer Tief und Geegatt seither nicht vorgefunden, vielmehr besteht der Grund hier nur aus reinem Gesandt.

Der Mündungen der Nogat lagern sich Ginkstoffe ab; dadurch wird allerdinge eine Verkleinerung des Haffspiegels bewirkt, indem ist, wie der Vergleich der Haffkarten ergiebt, das Haffufer vom Jahre 1852 bis 1884 auf 7 Kilom. Länge im Durchschnitt jährlich um 18 Meter vorgerückt. Die zunahme an Land in jedem Jahr und demnach auch die Verminderung der Wasseroberfläche hat somit 13 Hectar betrugen. Da das Haff am südwestlichen Ende rund 14 Kilom. breit ist, so würden die niedergeschlagenen Ginkstoffe auf diese Breite im Durchschnitt ein Vorrücken des Ufers um jährlich 9 Meter, d. h. in 11 Jahren um 1 Kilom. bewirken. Die ganze Hafffläche hat eine Größe von 870 Quadrat-Kilom.; die Entfernung von den jüngsten Nogatmündungen bis Pillau beträgt rund 80 Kilom. Die durch die Ablagerung der Ginkstoffe herbeigeführte Verkleinerung des Haffwasserpiegels ist demnach verhältnismäßig so unbedeutend, daß erst nach Jahrhunderten eine merkbare Abminderung der Spülkraft des Haffs eintreten könnte.

Auf Grund der vorstehenden Erwägungen und Erörterungen ist die Akademie der Ansicht, daß aus der Absperrung der Nogat, mag dieselbe dauernd durch einen festen Damm, oder nur zeitweise bei Hochwasser durch eine bewegliche Vorrichtung bewirkt werden, eine erhebliche Benachtheiligung des Pillauer Hafens zu erwarten ist.

Frage II.

Ermöglichen es die Fortschritte, welche auf dem Gebiete der Technik in neuerer Zeit gemacht sind, auch die Spülkraft des Nogatwassers den Pillauer Hafeneingang anderweit durch künstliche Mittel dauernd und ohne zu große Belästigung der Schiffsahrt in der erforderlichen Tiefe offen zu halten? Hierbei wird

namentlich auch das Gutachten des Ingenieurs Ziese im Elbing zu prüfen sein.

Nachdem durch die starke Auswäscherung im Frühjahr 1855 das Geegatt fast in seiner ganzen Breite auf mindestens 8 Meter ausgetieft und die vor der Mündung liegende Barre in großer Breite fortgespült worden war, blieb bis zum Jahre 1863 jede Baggerschürfung entbehrlich. Später veranlaßte der von der See aus in das Tief eingetriebene Sand wieder störende Verflachungen, welche, soweit sie in der Einschlagslinie eintraten, durch Baggerschürfung befreit werden mußten. Der Jahresdurchschnitt der im Tief baggerten Wassermenge betrug von 1863 bis 1869 = 7100 Cubicmeter, von 1871 bis 1876 = 20 000 Cubicmeter und von 1880 bis 1887 = 42 500 Cubicmeter. Im Geegatt erhält sich eine genügende Tiefe, so daß Baggerschürfungen außerhalb der die beiden Molenköpfe verbindenden geraden Linie nicht notwendig waren. Wird die Nogat cupirt und dadurch die ausgehende Strömung vermindert, so werden stärkere Sandablagerungen im Tief und im Gatt stattfinden und vermehrte Baggerschürfungen notwendig machen. Zwischen den Molen ist die Wellenbildung meistens nicht so stark, daß dadurch bei Verwendung geeigneter Bagger die Baggerschürfung gefördert wird. Es dürfte deshalb bei entsprechendem Gelände nicht unausführbar sein, im Geegatt ein Profil von solcher Tiefe herzustellen, doch sich der Nordweststurm hereinbrechende Sandrinne niederschlagen könnte, ohne dadurch die Durchgängigkeit des Hafens für die tiefergehenden Schiffe zu beeinträchtigen. Allerdings würden aus der vermehrten Baggerschürfung Unbequemlichkeiten für die Schiffsahrt entstehen und gelegentliche Havarien, die durch das Zusammenstoßen von Schiffen untereinander und mit den Baggerfahrzeugen veranlaßt werden, voraussichtlich nicht immer verhindert werden können. Bedenktlicher ist die Erhaltung einer ausreichenden Fahrtsiefe im Geegatt. Selbst bei der Anwendung von Hopperbaggern, die das baggerte Material nicht in nebeneingehende Präähne, sondern in den eigenen Laderaum des Baggers hineinschütten, ist die Zeit, in welcher die Bagger arbeiten können, eine beschränkte, da bei stärkerem Geegang die Arbeit eingestellt werden muß. Zur Vertiefung des Hauptkanals, der aus dem atlantischen Ozean in den Hafen von Newhork führt, sind in letzter Zeit Gaugebagger angewandt, die nach den in den technischen Zeitschriften enthaltenen Mitteilungen und den neuerdings eingegangenen Berichten auch bei größerer Wellenhöhe in Thätigkeit bleiben können. Wenn es nun auch gelingen möchte, durch eine entsprechende Anzahl leistungsfähiger Bagger während der freien Zeit die Wirkung der durch Cupirung der Nogat verloren gehenden Spülkraft zu erkennen, so bleibt doch fraglich, ob mittels Baggerschürfung die Schwierigkeiten, welche bei Eintritt des Frühjahrs für die Schiffsahrt entstehen, zu überwinden sein werden. Da während des Eistreibens nicht gebaggert werden kann, so können die Bagger erst in Thätigkeit treten, nachdem das Haff eisfrei geworden ist. In den letzten 11 Jahren ist die Schiffsahrt zwischen Pillau und Königsberg im Durchschnitt am 20. März eröffnet worden, während das Eistreiben durch das Pillauer Tief erst am 25. März aufgehört hat. Hierher würde sich am Durchschnitt erst 5 Tage nach Öffnung der Schiffsahrt auf dem Haff, sofern die See genügend ruhig ist, mit dem Bagger auf der Barre begonnen werden können, während jetzt, sogleich nach Aufgang der Weichsel und Nogat, in dem Tief eine kräftige Strömung entsteht, die auf die Vertiefung des Geegatts hinzuweist. Wollte man die im Sommer und Herbst im Geegatt eine über das unmittelbare Bedürfnis hinausgehende tiefe Rinne baggen, um dem Gange, der während der Frostperiode durch starke Stürme herbeigeführt wird, Raum zur Ablagerung ohne Benachtheiligung der Schiffsahrt zu schaffen, so würde hierdurch kaum eine Abhilfe zu erwarten sein, da durch die nicht seltenen Nordoststürme häufig so bedeutende Sandmassen in Bewegung gesetzt und verschoben werden, daß dieselben hinreichen würden, auch die tiefe Rinne wieder zu schließen. Die vorherrschende ausgehende Strömung, die jetzt auch im Winter nicht ganz ohne Wirkung ist, veranlaßt, namentlich seitdem sie durch die vollständig ausgebauten Molen in einer bestimmten Richtung auf die Barre geleitet wird, die Räumung und Vertiefung des Gatts. Wird der ausgehende Strom durch die Cupirung der Nogat erheblich vermindert, so liegt die Gefahr vor, daß während des Winters, wo die Baggerarbeiten ruhen müssen, eine Verflachung des Geegattes eintreten wird, mit deren Beseitigung erst nach Aufhören des Eistreibens begonnen werden kann. Würde der Pillauer Hafen in Folge einer derartigen Verflachung für tiefergehende Schiffe zeitweise geschlossen, so hätte die Sicherheit für den Schiffsverkehr auf, und es müßten hieraus unbedrängbare Nachtheile für den Handel von Königsberg entstehen. Die Annahme, daß der andere Ostseehafen, wie z. B. Libau, Neufahrwasser und Aiel, denen ein größerer Strom zur Spülung nicht zu Gebote steht und in welchen die erforderliche Tiefe künstlich erhalten werden muß, der Schiffsahrt zugänglich sind, es auch möglich sein werde, die Schwierigkeiten, welche für den Pillauer Hafen aus der Absperrung der Nogat entstehen, zu überwinden, trifft nicht unbedingt zu, da die Verhältnisse bei jenen Häfen andere sind und mit denjenigen von Pillau nicht ohne weiteres in Vergleich gestellt werden können. Nach Inhalt des von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten der britischen Botschaft in London attachirten Baumeiste beauftragten Berichtes sind die Ergebnisse hierüber einzuführen. Nach dem von demselben erststatteten Berichte war in der Ausstellung in Glasgow das Modell des Baggers Alpheus aufgestellt, welches im Jahre 1887 von der genannten Firma für Bombay gefertigt wurde. Es ist dies wohl der selbe Bagger, von welchem Herr Ziese in seinem Gutachten spricht. Nach dem diesem Modell beigegebenen Notizen beträgt das Fassungsvermögen des Baggers 1000 To., die Leistungsfähigkeit (bucket capacity) in der Stunde 600 To. und die Geschwindigkeit, mit der der Bagger sich selbst fortbewegen kann, 9 englische Meilen in der Stunde. Es wird ferner bemerkt, daß wenn das baggerte Material 4 englische Meilen nach See gefahren werden muß, in einem Tage bequem 4 Fahrten und mit Überstunden auch 5 Fahrten gemacht werden können. Nimmt man nun an, was mit Rücksicht auf die unvermeidlichen Stürmen sehr reichlich gerechnet ist, daß der Bagger in 2 Stunden den 1000 To. haltenden Fassungsraum füllt und in einer Stunde zum Auskippen des baggerten Bodens 4 Miles nach See hinaus und zurück fährt, so würdet bei 15 Stunden Arbeitszeit übereinstimmend mit den dem Modell beigegebenen Angaben, 5 Füllungen und 5 Fahrten möglich sein, was eine Maximaltagesleistung von 5000 To. oder etwa 2500 Cubicmeter ergibt und nicht 16 500 To., wie von Herrn Ziese behauptet wird. In Glasgow waren nach dem Bericht des technischen Attachés außer dem Modell von ähnlichen Doppelschrauben-Hopperbaggern ausgestellt, welche bei der selben Leistungsfähigkeit von 600 To. nur einen Fassungsraum von 800 To. haben. Dabei war bemerkt, daß die Kosten für 1 To. Baggerauf, und zwar für Löhne, Kohlen und Ausbesserungen 1,71 Pence = 14,25 Pf. betragen. Nach dem Gutachten des Ingenieurs Ziese würde ein etwas schwächerer Bagger, als der für Bombay gefertigte, im Stande sein, 1 To. Boden für nur 0,3 Pf., das ist für einen Preis, welcher bisher auch unter Verwendung der vorzüglichsten Baggermaschinen noch nirgends erreicht worden ist, zu baggern und zu transportieren. Auch bei Annahme englischer Pence trifft diese Angabe nicht zu. Nach den vorstehend angeführten Ermittlungen muß auch die weitere Behauptung des genannten Ingenieurs, daß durch einen solchen Bagger nicht nur die Tiefe vor dem Pillauer Hafen, sondern auch die Schiffsahriften von Königsberg und Elbing bis Pillau im Haff eine Länge von zusammen nahezu 90 Kilom. haben, 7 Meter tief erhalten werden können, als hinfällig bezeichnet werden.

Hälfte des Vorhafens eine Tiefe von 8 Meter unter N. W. für die Dauer herzustellen. Wegen der sehr starken Verlandung, die hier stattfindet, beginnt man sich jetzt, diese Tiefe in einer nur 250 Meter breiten Rinne zu erhalten. Die hierzu und vor dem Hafen erforderlichen Baggerschürfungen

jährlich eine halbe Million Cubimeter Baggerschürfung. Wenn diese zu bewegende Erdmasse auch sehr bedeutend ist, so ist es doch hier ebenso wie bei Ostende gelungen, die für die große Schiffsahrt erforderliche Tiefe durch Baggerschürfungen zu schaffen und zu erhalten. Deshalb ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß man auch bei Pillau die durch Cupirung der Nogat verloren gehende Spülung durch Baggerschürfung wiederherstellen kann. Da nun erst nach einer Reihe von Jahren mit der Absperrung der Nogat begonnen werden könnte, so bietet sich die Gelegenheit, in der Zwischenzeit nach jener Richtung zunächst Versuche anzustellen. Weil aber bei Pillau die Abwasserung der Nogat vorläufig fortbestand und sich die Wirkung derselben von den durch die Baggerschürfung erzielten Ergebnissen nicht trennen läßt, so werden die Versuche nicht vor Pillau, sondern vor einem der benachbarten Häfen auszuführen sein.

Daher wird die Frage II. beantwortet wie folgt: Trotz der Fortschritte, welche auf dem Gebiete der Technik in neuerer Zeit gemacht worden sind, ist doch ein genügender Beweis noch nicht erbracht, daß es ohne die Spülkraft des Nogatwassers und ohne große Belebung der Schiffsahrt

Bis zur Vollendung dieses Abschlusses bliebe die Schifffahrt auf der Nogat unterbrochen.

Zu Gunsten der Coupierung der Nogat sind folgende Behauptungen aufgestellt worden:

1. Das Wasser der Weichsel müsse zusammengehalten werden, um die Bildung von Eisstoppungen in diesem Strom zu verhindern. Fleiß aber ein Theil des Weichselwassers durch die Nogat ab, so schlägt die erforderliche Kraft zur Weiterführung des Eises und zur Befestigung etwaiger Eisverschüttungen.

2. Die Eisdecke des Hafes stehe bei dem Ausbruch des Weichseleisens noch fest und unbeweglich, verwehre den von oben herab treibenden Schollen den Eintritt in das Haff und veranlasse hierdurch gefahrbringende Eisstoppungen in der Nogat. Die Ostsee sei dagegen an der Mündung der Weichsel stets offen, und könnte daher von hier aus die Veranlassung zu Eisverschüttungen nicht ausgehen.

3. Bleibe die Nogat offen, so müsse derselben ein solches Profil gegeben werden, daß sie nördlichfalls im Stande sei, das gesammte Hochwasser und das gesamte Eis der ungeteilten Weichsel gefahrlos abzuführen. Es müßten demnach die Deiche der Nogat auf lange Strecken zurückgelegt und auch die Durchflusshäfen der Marienburger Brücke entsprechend verstärkt werden.

4. Bei Offenhaltung der Nogat seien nicht nur die Weichseldeiche, sondern auch die Nogatdeiche dauernd in normalmäßigen Zustände zu erhalten, während nach Coupierung der Nogat die Deichunterhaltung an leichterer entbehrlich werde.

Zu diesen Ausführungen ist zu bemerken:

Ju 1. Es wird zwar von vielen Seiten als unbestreitbarer Grundsatz hingestellt, daß nur das Wasser eines einheitlichen Stromes im Stande sei, Eisstoppungen zu heben und herabzuziehen, doch also ungeteilte Ströme größere Sicherheit gegen Deichbrüche gewähren, als geteilte. Diese Ansicht ist nicht zu treffend. Eisverschüttungen werden, wie die Erfahrungen an anderen geteilten Strömen beweisen, nicht durch Stromteilungen, sondern durch Unregelmäßigkeiten, die sich in dem Stromlauf und namentlich in den Hochwasserprofilen vordringen, veranlaßt. In der unteren Weichsel, wie auch in der Nogat, bilden sich die Eisstoppungen, abgesehen von den Strommündungen, auf welche unten näher eingegangen werden wird, an denjenigen Stellen, an welchen ein starker Wechsel in den Hochwasser-Profilen stattfindet. Die erste Eisverschüttung pflegt in der Nogat bei Sittelsfähr eingetreten. Gelingt es nicht, in der geteilten Weichsel, d. i. der Weichsel unterhalb des Pieckler Kanals, mittels der Eisbrecher eine offene Abflußrinne herzustellen und zu erhalten, und bilden sich auch in diesem Stromarme Eisverschüttungen, so wird das Wasser aufgestaut, bis der Druck desselben groß genug wird, um die Versenkungen zu lösen und hinabzuschieben. Geschieht dies nicht, sind vielmehr die Eisstoppungen in der geteilten Weichsel so mächtig, daß ein Wasserstand eintritt, der den Deichen gefährlich werden könnte, dann löst sich in der Regel unter diesem Druck die Eisverschüttung in der oberen Nogat. Hierdurch wird dem Wasser Gelegenheit gegeben, durch die Nogat abzuflossen und die Weichseldeiche von der Gefahr des Deichbruches zu befreien. Würde die Nogat abgesperrt, so würde das Wasser in der Weichsel zwar zusammengehalten werden, hier aber auch zu größerer Höhe als bisher ansteigen, weshalb zur Verhütung des Überstiehens und Brechens der Deiche leitere entsprechend erhöht und verstärkt werden müßten. Entstehen in dem unteren Laufe der Nogat Eisstoppungen, so erwachsen hieraus den neben denselben gelegenen Niederungen allerdings bedeutende Gefahren. Diese Gefahren werden hier nur durch die sehr ungünstige Lage und Beschaffenheit der Deiche herbeigeführt. Sie lassen sich durch Befestigung der Deichengen und starken Deichkrümmungen, namentlich bei Jonasdorf, Halbstadt, Sommerort und vor allem bei Zeyer, sowie durch eine den Deichstatuten entsprechende Verstärkung der durchaus ungünstigen, geradezu verwahlten Nogatdeiche vermindern. Ist die Weichsel, in Bezug auf das Abflußprofil des Mittelwassers wie des Hochwassers, vollständig reguliert, dann wird unter Verwendung von Eisbrechdampfern die Veranlassung zu Eisverschüttungen im wesentlichen gehoben werden können. Mit voller Sicherheit läßt sich aber auch in dem bestregulierten Strom die Bildung von Eisstoppungen nicht unbedingt verhindern, es würde deshalb bedenklich sein, die Entlastung der unteren Weichsel durch die Coupierung der Nogat abzuschneiden und damit den Druck des gesammten Wassers auf die Weichseldeiche zu übertragen. Träte in dem letzteren Falle ein Bruch der Deiche an der unteren Weichsel ein, so würden die gesammten Wassermassen des Stromes sich über die Weichselniederungen ergießen und die bedeutendsten Verheerungen veranlassen, während jetzt ein erheblicher Theil des Hochwassers durch die Nogat abfließen kann.

Ju 2. Es ist richtig, daß beim Eintritt des Eisgangs in der Nogat noch eine feste und ungebrochene Eisdecke auf dem Haff liegt, doch bietet die Erfahrung keinen Beleg für die Behauptung, daß hierdurch Eisverschüttungen in der Nogat erzeugt werden. Soviel bekannt, haben die verhängnisvollen Eisverschüttungen nie ihren Anfang in den Mündungen der Nogat genommen, sondern sie sind stets bei Zeyer, Schadowaue und an anderen solchen Stellen eingetreten, an welchen ihre Bildung durch Deichengen oder durch den starken Wechsel in der Größe der Hochwasserprofile besonders begünstigt wurde. Daß ungeachtet dieser ungünstigen Verhältnisse hier so selten Deichbrüche mit verheerenden Überstiegmäßigkeiten eingetreten sind, ist wohl hauptsächlich dem Vorhandensein der Einlage zu danken, in welche sich die Wasser- und Eismassen durch die Überfälle, ohne größere Schaden anzurichten, ergießen konnten. An der Mündung der Danziger Weichsel ist weder bei der gegenwärtigen Lage derselben, noch wenn der in Aussicht genommene Durchstich durch die neue Binnennehrung nach der See ausgeführt wird, eine gleich günstig wirkende Einlage zu schaffen, da die Nebrührung hierfür zu hoch gelegen ist. Selbst wenn die Ostsee beim Eintritt des Eisgangs in der Weichsel stets eisfrei wäre (im Frühjahr 1888 war dies nicht der Fall), die Ostsee zu dieser Zeit bei dem Beginn des Eisgangs auf der Weichsel von der Küste ab bis auf mehrere Meilen in See mit Eis bedeckt), so würden dadurch, wie die Vorgänge in den Jahren 1883 und 1886 lehren, Eisverschüttungen in der Weichselmündung nicht immer verhindert werden. Die Sankt Peterburg, welche durch die Weichsel herabgeschüttet werden, lagern sich vor der Mündung ab und bilden hier Inseln und Untiefen. Auf diesen flachen Stellen hat sich in den genannten Jahren das Eis festgesetzt und Eisstoppungen erzeugt, welche wiederum zu Deichbrüchen auf dem rechten Weichselufer und zu Überstiegmäßigkeiten und Verheerungen der Danziger Binnen-Nehrung Veranlassung gegeben haben. Die bei Neusäße ausgeführten Molen werden voraussichtlich die weitere Bildung von Untiefen verhindern. Der Lauf des Weichselstromes hat sich seit dem Durchbruch im Jahre 1884 bei Neusäße in Folge von Sandablagerungen um nahezu 2 Kilom. verlängert. Es ist deshalb zu erwarten, daß sich die zur Verhinderung von Eisverschüttungen erforderliche Tiefe auf die Dauer nur durch Verlängerung der Molen erhalten lassen wird. Mit der Coupierung der Nogat und dem unmittelbaren Ausfluß des gesammten Weichselwassers in die Ostsee wird sich auch die Zufuhr von Ginskosten an der Weichselmündung erhöhen, die Verlängerung des Stromlaufes schneller vorstrecken und eine weitere Ausführung der künstlichen Molenbauten entsprechend früher erforderlich werden. Nach Ausführung des projectirten Durchstiches durch die Binnennehrung können sich die Verhältnisse infolge etwas günstiger gestalten, als die Mündung des Durchstiches um rund 8 Kilometer der Stelle näher liegt, an welcher die Küste von der bei der Halbinsel Hela vorbeigehenden Küstenströmung getroffen wird. Einen erheblichen Einfluß dürfte dieser Umstand auf die Sandablagerung aber kaum haben, und würde durch die Coupierung der Nogat die Zufuhr des Sandes in der Weichsel verstärkt, so würden dadurch auch die Kosten für die

nöthwendig werbenden Verlängerungen der Molen an der neuen Ginkomündung erhöht werden. Dagegen läßt sich das deltaförmige und gegenwärtig noch tiefe gelegene Gebiet der Nogatmündungen, sofern die Nogat offen erhalten und eine rationelle Wasserwirtschaft eingesetzt wird, durch Colmatation erhöhen und in eine wertvolle Cultursfläche umwandeln. Nach Absperrung der Nogat hätte diese Möglichkeit auf, und muß man auf die Verbesserung dieser Grundstücke, deren landwirtschaftliche Benutzung allerding erst nach einer längeren Reihe von Jahren eintreten könnte, da sie zunächst zweckmäßigerweise zur Vergrößerung der Einlage zu benutzen sein würden, verzichten.

Ju 3. Bei Gelegenheit des Baues der Eisenbahnbrücken bei Dirschau und Marienburg wurden die Breiten des Hochwasserprofils für die ungeteilte Weichsel zu 1125 Meter, für die geteilte Weichsel zu 750 Meter und für die Nogat zu 375 Meter festgesetzt. In welcher Weise diese Breiten ermittelt wurden, ist nicht näher bekannt. Es finden sich aber viele Stellen vor, an welchen das Hochwasserprofil eine erheblich geringere als die vorberechnete Breite hat, ohne daß sie zu Eisverschüttungen Anlaß geben. Beispieleweise haben in der Strecke von der Langsfelder Wachbude bis zum Danziger Hafen, in welcher die Breite zwischen den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden. Ebenowenig sind solche bei der Marienburger Brücke, die anstatt der normalmäßigen Breite von 375 Meter nur eine lichte Durchflusshöhe von 198 Meter hat, eingetreten. Die breitem bei dem Bau der Eisenbahnbrücken festgestellten Hochwasserbreite für die geteilte Weichsel und Nogat scheinen demnach zu reichlich bemessen zu sein, und dürfte dafür eine geringere Breite ausreichen. Bestätigt wird diese Annahme durch den Verlauf des Hochwassers im Frühjahr 1888, bei welchem die Nogat für kurze Zeit das gesammte Hochwasser und Eis der Weichsel aufgenommen und letzteres bis an die durch die Deichengen und Deichkrümmungen bei Zeyer und Sommerort veranlaßte Eisverschüttung geführt hat. Findet ein allmäßlicher und stetiger Übergang von breiteren zu engeren Durchflusshöhen statt, so pflegen auch in schmalen Profilen Eisverschüttungen nicht einzutreten, während plötzliche Änderungen in den Größe der Hochwasserprofile und zu großer Breiten der Außenweiche die Bildung von Eisverschüttungen begünstigen. Es erscheint deshalb bei weiterer Offenhaltung der Nogat nicht erforderlich, dieses Stromarme, auch wenn er bei gelegentlichen Eisverschüttungen in der ungeteilten Weichsel das gesammte Hochwasser und Eis der oberen Weichsel aufnehmen muß, durchweg ein größeres Profil als das jetzige zu geben; es dürfte vielmehr genügen, die mehrfach erwähnten Deichengen und Deichkrümmungen zu befestigen. Selbstverständlich müssen auch die Deiche in ordnungsmäßigen Zustand gesetzt werden, damit sie das Hochwasser leiten und dem hohen Wasserstand widerstehen können. In einer Beziehung ist die Nogat sogar geeigneter für die Ausführung des Eises als die Weichsel, infolge nämlich, als die bereite Umfang des Hochwasserprofils bei der Nogat verhältnismäßig gering ist und ihr breitere Außenweiche, welche bei der Weichsel mit Anlaß zu Eisverschüttungen geben, fehlen.

Ju 4. Die Ansicht, nach welcher bei Coupierung der Nogat die Deiche längs derselben nicht in Stand gesetzt zu werden brauchen, sondern aufgegeben werden können und sich in Folge dessen die Deichunterhaltung kosten um etwa die Hälfte vermindern werden, ist schon um deswillen nicht zutreffend, weil in diesem Falle die Weichseldeiche einer vermehrten Fahrt ausgesetzt sein und ihre Unterhaltung und Verstärkung gründlich schwierig seien und Kosten verursachen würden, als seither. Da mit der Coupierung der Nogat nicht vor vollständiger Regulirung des Weichselstromes und der Weichseldeiche behufs Aufnahme und Ablösung des gesammten Wassers und Eises der ungeteilten Weichsel begonnen werden könnte und der Abschluß der Regulirungsarbeiten nicht vor Ablauf von 8—10 Jahren zu erwarten steht, so würde es nicht zulässig sein, bis dahin die Nogatdeiche in ihrem gegenwärtigen mangelhaften und gefährlichen Zustande zu belassen und während der Zwischenzeit die Nogatniederungen der weiteren Überstiegmäßigkeiten auszusetzen. Die mögliche baldige, bereits in dem Gutachten vom 7. Juli 1883 auf das bringendste empfohlene Regulirung der Nogatdeiche ist deshalb als unbedingt erforderlich zu bezeichnen. Aber auch nach Abschließung der Nogat würden diese Deiche nicht aufgegeben werden dürfen. Bei jeder Eindeichung muß auf die Ablösung des Bruchwassers bei einem Deichbruch, und zwar mit dem geringsten Nachtheilen für die Niederungen, Rücksicht genommen werden. Sollte nämlich ein Bruch der Weichseldeiche bei der Pieckler oder Marienwerderer Niederung, welche durch die Coupierung einer erhöhten Gefahr ausgesetzt werden, stattfinden, so würde die Nogat mit ihren beiderseitigen Deichen die Gelegenheit bieten, das Bruchwasser ohne Schaden für den großen und kleinen Marienburger Werder in das Haff zu führen. Ließe man dagegen die Nogatdeiche verfallen, so würden die genannten beiden Werder in Mitleidenschaft gezogen werden. Daher ist es notwendig, auch die Nogatdeiche nach wie vor unter Schau zu stellen und in gutem Zustand zu erhalten. Durch die Coupierung der Nogat würden demnach die Kosten für die Unterhaltung der Deiche nicht vermindert werden, dagegen würde für die rechtsseitige Nogatniederung bei sorgfältiger Unterhaltung der Deiche die Gefahr von Überstiegmäßigkeiten fast vollständig aufgehen und ein gleiches Unheil, wie es im Frühjahr 1888 durch den Deichbruch bei Jonasdorf in den Marienburger und Elbinger Bezirken herbeigeführt wurde, hünftig kaum mehr zu befürchten sein. Es ist deshalb erklärlich, daß die Bewohner und Vertreter dieser Niederungen die Absperrung den Nogat anstreben. Die großen Verheerungen in den vorerwähnten Bezirken durch die Nogatniederungen im vorjährigen Jahre und die sehr bedeutenden Geldopfer, welche gespendet werden mußten, um die heimsuchten Niederungsbewohner vor dem Ruin zu bewahren, lassen auch den Wunsch von diesen Gefahren befreit zu werden, als einen durchaus berechtigten erscheinen.

Als weitere Vortheile, welche durch die Coupierung der Nogat zu erreichen sein würden, sind zu erwähnen: 1. die hünftige vortheilhaftere Ausnutzung und ertragfähiger Bewirtschaftung der Einlage, welche jetzt zur Aufnahme des Hochwassers und Eises dient und deshalb zur Zeit nur einen geringeren wirtschaftlichen Wert besitzt; 2. die Einsparung der Kosten, welche jetzt auf das Werken und Schließen der Nogatüberfälle verwandt werden müssen;

3. die Verbesserung der Durchflusshäufigkeiten in den Usnitzer, Pieckler und Rosenkrantz Niederungen, welche gegenwärtig von dem Stauwasser der Nogat zu leiden haben.

Die letzteren Vortheile treten aber gegen die Sicherung der rechtsseitigen Nogatniederung zurück. Es würde die Rücksicht auf diese Sicherung so durchschlagend sein, daß die Coupierung der Nogat empfohlen werden müßte, wenn nicht die oben beprochenen wichtigen Bedenken dagegen vorlägen.

In Erwägung der für und gegen die Coupierung sprechenden Umstände beantwortet die Akademie die Frage III. wie folgt: Die Bedenken, welche abgesehen von der Verhältnisstellung des Pillauer Hafens der Absperrung der Nogat entgegenstehen, sind so erheblich, daß trotz der hier von zu erwartenden Vortheile empfohlen werden muß, von der Coupierung der Nogat zur Zeit Abstand zu nehmen. Die Akademie empfiehlt indessen vor weiterer Entscheidung zunächst die Wirkung, welche die Regulirung der Weichsel und deren Deiche auf den Verlauf des Hochwassers und des Eisgangs haben werden, abzuwarten. Dies kann um so unbedenklicher geschehen, als die Coupierung der Nogat jedenfalls erst zur Aufführung kommen kann, nachdem die Re-

gulirung der unteren Weichsel einschließlich ihrer Deiche bis über die Montauer Spitze hinauf vollständig beendet sein wird.

Frage IV.

Werden Maßregeln und eventuell welche zur Abwendung von Überstiegmäßigkeiten gefahren bis zu dem Zeitpunkte, in welchem die Nogat event. abgesperrt sein würde, angeordnet werden müssen?

Zufolge, durch welche Überstiegmäßigkeiten gefahren an der Weichsel und Nogat unbedingt befeitigt werden, lassen sich an keinem der beiden Stromarme schaffen. Indes bedürfen die dort zur Zeit bestehenden Verhältnisse dringend der Verbesserung. Die Maßregeln, welche nachstehend für diese Verbesserung vorgeschlagen werden sollen, befrüchten sich auf das nächste und dringendste Bedürfnis. In der Stromstrecke von Montauer Spitze bis zur Ostsee muß die Weichsel thunlichst so regulirt werden, daß ungewöhnliche, durch Eisverschüttungen erzeugte Hochwasser selten vorkommen und vorkommenden Fällen un schädlich verlaufen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist zunächst die Befestigung der Einlage zu den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden. Ebenowenig sind solche bei der Marienburger Brücke, die anstatt der normalmäßigen Breite von 375 Meter nur eine lichte Durchflusshöhe von 198 Meter hat, eingetreten. Die Breite der Weichsel ermittelten, ist nicht näher bekannt. Es finden sich aber viele Stellen vor, an welchen das Hochwasserprofil eine erheblich geringere als die vorberechnete Breite hat, ohne daß sie zu Eisverschüttungen Anlaß geben. Beispieleweise haben in der Strecke von der Langsfelder Wachbude bis zum Danziger Hafen, in welcher die Breite zwischen den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden.

Zu 3. Bei Gelegenheit des Baues der Eisenbahnbrücken bei Dirschau und Marienburg wurden die Breiten des Hochwasserprofils für die ungeteilte Weichsel zu 1125 Meter, für die geteilte Weichsel zu 750 Meter und für die Nogat zu 375 Meter festgesetzt. In welcher Weise diese Breiten ermittelt wurden, ist nicht näher bekannt. Es finden sich aber viele Stellen vor, an welchen das Hochwasserprofil eine erheblich geringere als die vorberechnete Breite hat, ohne daß sie zu Eisverschüttungen Anlaß geben. Beispieleweise haben in der Strecke von der Langsfelder Wachbude bis zum Danziger Hafen, in welcher die Breite zwischen den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden.

Zu 4. Bei Gelegenheit des Baues der Eisenbahnbrücken bei Dirschau und Marienburg wurden die Breiten des Hochwasserprofils für die ungeteilte Weichsel zu 1125 Meter, für die geteilte Weichsel zu 750 Meter und für die Nogat zu 375 Meter festgesetzt. In welcher Weise diese Breiten ermittelt wurden, ist nicht näher bekannt. Es finden sich aber viele Stellen vor, an welchen das Hochwasserprofil eine erheblich geringere als die vorberechnete Breite hat, ohne daß sie zu Eisverschüttungen Anlaß geben. Beispieleweise haben in der Strecke von der Langsfelder Wachbude bis zum Danziger Hafen, in welcher die Breite zwischen den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden.

Zu 5. Bei Gelegenheit des Baues der Eisenbahnbrücken bei Dirschau und Marienburg wurden die Breiten des Hochwasserprofils für die ungeteilte Weichsel zu 1125 Meter, für die geteilte Weichsel zu 750 Meter und für die Nogat zu 375 Meter festgesetzt. In welcher Weise diese Breiten ermittelt wurden, ist nicht näher bekannt. Es finden sich aber viele Stellen vor, an welchen das Hochwasserprofil eine erheblich geringere als die vorberechnete Breite hat, ohne daß sie zu Eisverschüttungen Anlaß geben. Beispieleweise haben in der Strecke von der Langsfelder Wachbude bis zum Danziger Hafen, in welcher die Breite zwischen den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden.

Zu 6. Bei Gelegenheit des Baues der Eisenbahnbrücken bei Dirschau und Marienburg wurden die Breiten des Hochwasserprofils für die ungeteilte Weichsel zu 1125 Meter, für die geteilte Weichsel zu 750 Meter und für die Nogat zu 375 Meter festgesetzt. In welcher Weise diese Breiten ermittelt wurden, ist nicht näher bekannt. Es finden sich aber viele Stellen vor, an welchen das Hochwasserprofil eine erheblich geringere als die vorberechnete Breite hat, ohne daß sie zu Eisverschüttungen Anlaß geben. Beispieleweise haben in der Strecke von der Langsfelder Wachbude bis zum Danziger Hafen, in welcher die Breite zwischen den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden.

Zu 7. Bei Gelegenheit des Baues der Eisenbahnbrücken bei Dirschau und Marienburg wurden die Breiten des Hochwasserprofils für die ungeteilte Weichsel zu 1125 Meter, für die geteilte Weichsel zu 750 Meter und für die Nogat zu 375 Meter festgesetzt. In welcher Weise diese Breiten ermittelt wurden, ist nicht näher bekannt. Es finden sich aber viele Stellen vor, an welchen das Hochwasserprofil eine erheblich geringere als die vorberechnete Breite hat, ohne daß sie zu Eisverschüttungen Anlaß geben. Beispieleweise haben in der Strecke von der Langsfelder Wachbude bis zum Danziger Hafen, in welcher die Breite zwischen den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden.

Zu 8. Bei Gelegenheit des Baues der Eisenbahnbrücken bei Dirschau und Marienburg wurden die Breiten des Hochwasserprofils für die ungeteilte Weichsel zu 1125 Meter, für die geteilte Weichsel zu 750 Meter und für die Nogat zu 375 Meter festgesetzt. In welcher Weise diese Breiten ermittelt wurden, ist nicht näher bekannt. Es finden sich aber viele Stellen vor, an welchen das Hochwasserprofil eine erheblich geringere als die vorberechnete Breite hat, ohne daß sie zu Eisverschüttungen Anlaß geben. Beispieleweise haben in der Strecke von der Langsfelder Wachbude bis zum Danziger Hafen, in welcher die Breite zwischen den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden.

Zu 9. Bei Gelegenheit des Baues der Eisenbahnbrücken bei Dirschau und Marienburg wurden die Breiten des Hochwasserprofils für die ungeteilte Weichsel zu 1125 Meter, für die geteilte Weichsel zu 750 Meter und für die Nogat zu 375 Meter festgesetzt. In welcher Weise diese Breiten ermittelt wurden, ist nicht näher bekannt. Es finden sich aber viele Stellen vor, an welchen das Hochwasserprofil eine erheblich geringere als die vorberechnete Breite hat, ohne daß sie zu Eisverschüttungen Anlaß geben. Beispieleweise haben in der Strecke von der Langsfelder Wachbude bis zum Danziger Hafen, in welcher die Breite zwischen den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden.

Zu 10. Bei Gelegenheit des Baues der Eisenbahnbrücken bei Dirschau und Marienburg wurden die Breiten des Hochwasserprofils für die ungeteilte Weichsel zu 1125 Meter, für die geteilte Weichsel zu 750 Meter und für die Nogat zu 375 Meter festgesetzt. In welcher Weise diese Breiten ermittelt wurden, ist nicht näher bekannt. Es finden sich aber viele Stellen vor, an welchen das Hochwasserprofil eine erheblich geringere als die vorberechnete Breite hat, ohne daß sie zu Eisverschüttungen Anlaß geben. Beispieleweise haben in der Strecke von der Langsfelder Wachbude bis zum Danziger Hafen, in welcher die Breite zwischen den Deichen kaum die Hälfte der normalen Breite erreicht, so viel bekannt, Eisverschüttungen seither nicht stattgefunden.

Zu 11. Bei Ge